

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Beitragsgeld vierteljährlich 14,00 Rl.
monatl. 4,80 Rl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Rl. Bei
Postbezug vierteljährl. 16,10 Rl. monatl. 5,39 Rl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Rl.
Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R. M. - Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und
Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsführung usw.) hat der Be-
zieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Gernau Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einzellige Millimeterzeile 15 Groschen, die einzige
Reklamezeile 125 Groschen. Danzig 10 Rl. so D. M.
Deutschland 10 Rl. bzw. 70 Goldpf. übriges Ausland 100% Aufschlag. - Bei Platz
vorricht und schwierigem Satz 50% Aufschlag. - Absetzung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. - Offertengebühr 100 Groschen. - Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postcheckkonten: Bremen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 39.

Bromberg, Sonntag den 16. Februar 1930.

54. Jahrg.

Worauf warten wir?

Von R. N. Condéhove-Kalergi,

Präsident der Pan-europäischen Union.

Das Elend der europäischen Massen hat einen er-
schreckenden Grad erreicht.

Millionen Arbeitsloser vegetieren; zu arm zum Leben
und zu reich zum Sterben. Andere, die keine Arbeitslosen-
unterstützung beziehen, sind am Verhungern und Erfrieren.
Das Elend in den Großstädten ist entsetzlich. Es verbirgt sich
hinter die Mauern der Armeniettel und dringt nur selten
und schüchtern zu den Augen und Ohren der Wohlhabenden
und Reichen. Aber dieses würgende Elend ist um uns; es
wächst; es greift um sich. Und mit ihm die Verzweiflung.

Sind die Regierungen blind? Sehen sie nicht den
zweiten Akt des Dramas, das sich vor ihren Augen ab-
spielt? Sehen sie nicht die kommende Katastrophe?

Wer wagt es noch, sich darüber zu wundern, daß
Männer und Frauen, die nicht wissen, woher sie das Brot
für ihre Kinder, nehmen sollen, den Staat und die Gesell-
schaft, die dies zulassen, verfluchen und sich nach Chaos und
Umsturz sehnen? Wer wagt es, diesen Verzweifelten Vor-
würfe zu machen, statt denen, die sie in diese Verzweiflung
treiben?

Jeder schiebt die Schuld auf den anderen: die Führer
der Arbeiterschaft auf die kapitalistische Politik; die Führer
des Bürgertums auf die sozialistische Politik; beide auf die
Regierungen.

Alle kleinen Hilfsmittel werden versucht: sie nützen wenig.
Die Verzweiflung wächst. Das Land ist verzweifelt; die
Städte sind verzweifelt. Bauern und Arbeiter sind durch
die Krise gleichmäßig betroffen. Die inneren Gegensätze
wachsen. Überall wächst der Radikalismus, nach rechts und
nach links.

Die einen suchen die Lösung durch Revolution, die an-
deren durch Krieg. Die einen erhoffen eine Explosion nach
oben, die anderen nach der Seite. Die einen schieben das
Elend auf die Unternehmer, die anderen auf die Gläubiger.

Russland hat gezeigt, daß weder die Schuldenstreichung,
noch die Plünderung der Reichen das Elend verdrängen
können. Heute, elf Jahre nach dem Beginn des Bolschewizismus, ist dort die allgemeine Not größer denn je.

Weder Krieg noch Revolution können hier helfen, son-
dern nur: Vernunft, Organisation, Zusammenarbeit.

Wenn ein Schiff sinkt oder brennt, muß alles an die
Pumpen: Offiziere, Mannschaften, Passagiere. Niemand
darf sich drücken. Niemand darf darüber streiten, wessen
Pflicht die Rettungsaktion ist.

Europa brennt, Europa sinkt. Alles muß helfen. Nie-
mand darf darauf warten, daß andere ihm zuvorkommen.
Jeder, der kann, ist verpflichtet, an der Reorganisation der
zerrütteten Wirtschaft Europas mitzuwirken.

In England hat ein Einzelner, Lord Melchett, auf eigene
Faust die Initiative ergriffen zur Schaffung eines Wirt-
schaftsparlaments, zur Zusammenarbeit von Industrie und
Arbeiterschaft an ihrem gemeinsamen Ziel der Produktions-
steigerung durch Rationalisierung.

In Amerika hat Präsident Hoover, um katastrophale
Auswirkungen des Börsenkrauchs zu vermeiden, die besten
Wirtschaftsköpfe des Reiches zusammengetragen zu einem
wirtschaftlichen Generalstab.

Was tut Europa? Worauf wartet es? Auf den Krieg?
Auf die Revolution? Vielleicht auf eine katastrophale Krise?
Merkst es denn nicht, daß es sich mitten in dieser Krise be-
findet? Genügt es nicht, wenn die Bauern ihre Höfe ver-
lassen müssen und die Armen in den Städten verhungern?
Welche Katastrophe muß eintreten, damit Europa aus seiner
Lethargie erwacht?

Europa schlaf. Es streitet um gleichgültige Dinge, ver-
höhlt die Völker gegeneinander, untereinander, während die
Massen hungern. Es verläßt sich auf seine Polizei und
Armee, um Hungerkrawalle niederzuschlagen. Und empfin-
det es nicht als Verbrechen, die Dinge sich selbst zu über-
lassen.

Wann werden die Führer der europäischen Industrie
und Landwirtschaft sich mit den Führern der europäischen
Gewerkschaften an einen Tisch setzen, um zu beraten, wie
die europäische Produktion zu rationalisieren, zu schützen
und zu steigern ist? Wie sich die Arbeitslosigkeit produktiv
bekämpfen läßt? Wie der abürde Zustand sich ändern läßt,
daß Frankreich am Mangel an Arbeitern leidet und zugleich
Deutschland am Mangel an Arbeitsmöglichkeiten. Wie
Europa als Ganzes einen Feldzug führt gegen das euro-
päische Elend, einen Feldzug, an dem Bauer, Bürger und
Arbeiter, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Regierungen und
Parlamente gemeinsam teilnehmen?

*
Es ist Zeit, daß Europa sich dieser Aufgabe bewußt wird.
Doch seine besten Führer und Organisatoren, jenseits aller
nationalen und klassenkämpfe, den Ernst der Stunde be-
greifen und die Aufgaben, denen sie gegenüberstehen. Daß

Das Schicksal des Polen-Abkommens.

Der volksparteilichen "Königsberger Allgemeine Zeitung", die im Gegensatz zu anderen Organen der deutschen Volkspartei für die Ablehnung des Polenvertrages eintritt, wird aus Berlin gemeldet:

Eine rechtstheorie Zeitung verbreitet in großer Auf-
machung die Meldung, Frankreich habe zugunsten des
Polenvertrages interveniert und darauf aufmerksam
gemacht, daß eine eventuelle Ablehnung des Liquidations-
abkommens mit Polen durch den Reichstag zu diplomatischen
Verwicklungen mit Frankreich Anlaß geben würde. Den deutschen Regierungskreisen wird
unterstellt, daß sie im Reichstag diese Intervention im
geheimen zu einem Druck auf die bürgerlichen Rechtsparteien
benutzen.

"In autoritäter Stelle wird uns erklärt, daß eine
französische Intervention nicht stattgefunden hat. Es
wäre auch noch schöner, wenn sich die französische Regie-
rung in die Angelegenheiten der innerdeutschen
Gesetzgebung hineinmischt würde. Von der Paraphierung
im Haag bis zur endgültigen Ratifikation unterliegt der
Haager Vertrag der innerdeutschen Arbeit, und der Reichstag
kann ihn ablehnen oder auf die Gefahr des Scheiterns
verändern, während die Reparationsmächte nur das Recht
zusteht, nach einer Ablehnung oder einer Änderung des
Reichstags ihrerseits vom Vertrag zurückzutreten.

"Hinsichtlich der Verbindung des Polen-
abkommens mit dem Haager Gesetzes liegt ein be-
sonderes Verhältnis vor. Der Reichsausßenminister
hat ausdrücklich erklärt, daß ein juristisches, d. h. völker-
rechtliches Junktum zwischen Polenvertrag und
Haager Plan nicht bestehe und hat bis zum Augenblick
seine Haltung noch nicht wieder revidiert. Er sieht lediglich
eine politische Verbindung zwischen beiden, die aufzuheben
unbedingt das Recht der deutschen Gesetzgebung sein
muß, wenn auch dadurch manche diplomatische Schwierig-
keiten und Verzögerungen entstehen, die von französischer
Seite hervorgerufen würden.

"Das Frankreich und insbesondere die ange-
sässigen Mächte wegen der im Polenvertrag in
Frage kommenden finanziellen Differenz von 100 bis 200
Millionen RM das Haager Abkommen in seiner
Gesamtheit zerreißen würden, wird wohl nicht einmal ein
professioneller Schwarzer glauben. Es haben denn auch
auf Veranlassung des Reichspräsidenten unter dem Druck
der Parteien bereits Besprechungen im Auswärtigen Amt
stattgefunden, die sich mit den Möglichkeiten und Eventualitäten
einer Herausnahme des Polenabkommens aus dem
Haag-Plan beschäftigt haben."

*
Noch alarmierender Klingt die nachstehende Berliner
Meldung der gleichfalls in Königsberg erscheinenden deutsch-
nationalen "Ostpreußischen Zeitung":

private Initiative die Lethargie der Regierungen beschämkt
und Regierungsiniziative die Lethargie der Wirtschaft.

Das Europa sich aufruft, um dem europäischen Elend
den Krieg zu erklären und in dieser gemeinsamen Aufgabe
sein gemeinsames Gewissen wiederzufinden.

"Berdrehung von Tatsachen". Fünf weitere Prozesse und zwei Urteile gegen die "Deutsche Rundschau".

Bromberg, 15. Februar.

Auch der Senat hat sich den Beschuß des Sejm zu eigen
gemacht, nachdem die Sejmbeschlüsse durch ihre Ver-
öffentlichung im "Dziennik Ustaw" Rechtskraft er-
langen sollen. Damit wurde das Pressedekret des Staats-
präsidenten zum Tode verurteilt. Das Gericht konnte selbst-
verständlich von der Auswirkung dieses Senatsbeschlusses
noch keine Notiz nehmen, weil das Pressedekret bis zum
Tage der Veröffentlichung des Gesetzes über seine Auf-
hebung leider noch besteht. Das galt auch für den gestrigen
Presses-Großkampftag vor dem Bromberger Kreis-
gericht, dessen Verhandlungen vor allem durch die Pro-
zesse gegen die "Deutsche Rundschau" ausgefüllt wurden.

Die erste Sache betraf einen Artikel, der das Urteil
des Obersten Verwaltungsgerichts in Warschau über die
Liquidierung der "Deutschen Rundschau" und den mit ihr
zusammenhängenden Staatsangehörigkeitsprozeß der Frau
Klara Dittmann zum Gegenstand hatte. Der Prokurator
erhobte in unserem (voreilige!) stimmungsfroh gehaltenen
Bericht über unser Befreitung von der Liquidation eine
Berdrehung der Tatsache, die den Staat schädigen, evtl.
öffentliche Unruhe hervorrufen könnte!

Die also gefährliche "Berdrehung der Tatsache" wird in
dem Umstand erblickt, daß wir von der bevorstehenden
Liquidation der "Deutschen Rundschau" geschrieben hätten,
trotzdem es sich nur um eine Feststellung der polnischen
Staatsangehörigkeit ihrer früheren Mitherausgeberin ge-
handelt habe. Tatsächlich, lieber Leser, wird uns wegen
dieses "Delikts" der Prozeß gemacht. Der Verlag, in
dem die "Deutsche Rundschau" erscheint, wird liquidiert, weil
die verstorbene Frau Klara Dittmann nicht die polnische

Ganz plötzlich ist im Reichstag wieder eine kri-
atische Lage entstanden. Es sind Aussprüche führender
Persönlichkeiten der Volkspartei, aber auch des
Zentrums bekannt geworden, die sich mit aller Ent-
scheidlichkeit gegen die Annahme des Polen-
vertrages wenden und die Herausnahme dieses Ab-
kommens aus dem Komplex der Young-Gesetze fordern.
Insbesondere soll der volksparteiliche Parteiführer Dr.
Scholz erklärt haben, mit seiner Stellung als ostdeutscher
Abgeordneter eine Billigung dieses Vertrages nicht ver-
einbaren zu können. Aber auch in anderen volksparteilichen
Kreisen wendet man sich mit Schärfe gegen die Politik des
Ministers Curtius und sieht in ihr nicht eine Fortsetzung
der Stresemannschen Richtlinien, sondern eher eine Umkehr
in das Gegenteil. Zu seinem Parteifreizeit ist der Außen-
minister Dr. Curtius bereits völlig in die De-
fensive gedrängt und verteidigt sich damit, daß der Ar-
tikel 8 des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens eine
Verpflichtung zur gleichzeitigen Ratifizierung mit dem
Young-Plan enthält. Das Liquidationsabkommen ist im
Haag niedergelegt worden, und dieser Vorgang könnte
Frankreich die Möglichkeit geben, seinerseits den ge-
machten Versprechungen zu entweichen. Eine Fühlung-
nahme, die nach dieser Richtung hin der deutsche Botschafter
in Paris bei Tardieu unternommen hat, scheint obne
Erfolg geblieben zu sein, zumal der französische Minister-
präsident sich einem scharfen innerpolitischen Angriff
Herrrios gegenüber sieht, der ihm vorwirft, den Artikel 490
des Friedensvertrages aufgegeben zu haben.

Auch im Zentrum sind es die ostdeutschen Ab-
geordneten, aber auch die Angehörigen der "Grünen Front",
die noch nicht zur Annahme des Polenabkommens bereit
sind. Gegenwärtig versucht die Regierung einen besonders
starken Druck auszuüben, indem sie Gerichten von einer
Hindernisliste nicht entgegentritt, sondern ihr
neue Nahrung verschafft. Sie hat die Tatsache bekannt-
gegeben, daß der Reichspräsident Berichterstattung über die
Lage im Reichstag gefordert hat, enthält sich aber jeder An-
gabe von Einzelheiten über die Unterredung, die der
Reichskanzler und der Reichsausßenminister mit Hindenburg
hatten. Tatsächlich dürfte es aufregend sein, daß der Reichs-
präsident den schweren Bedenken, die ihm von den verschieden-
sten Seiten, insbesondere auch aus den Grenzmarken des
Ostens in den letzten Tagen vorgetragen worden sind und
fortlaufend vorgetragen werden, nicht jedes Gehör ver-
weigert, wenn man auch andererseits damit rechnen muß,
daß juristische Darlegungen, die von Seiten des Auswärtigen
Amtes erfolgen, ihn in seiner Entscheidung erneut binden.
Wir halten die Gerüchte, die von einer Rücktritts-
absicht Hindenburgs sprechen, im Augenblick noch
nicht (!!! D. R.) für begründet."

Staatsangehörigkeit besessen habe. Die Erben der Frau
Dittmann sind daraufhin gezwungen, einen Prozeß um die
Staatsangehörigkeit der Frau Klara Dittmann zu führen.
Der Verlag gewinnt nach vielen Jahren und großen Un-
kosten diesen Prozeß, der selbstverständlich für die Liquidation
maßgebend ist. Wir sprechen dafür den Warschauer
Richtern unsere Anerkennung aus und freuen uns über
die bevorstehende Aufhebung der Liquidation. Da kommt
der Bensor, verbietet zweimal das Erscheinen der Zeitung
und macht uns den Prozeß, weil wir in unserer
Freude zu weit spekuliert hätten. Das Oberste
Verwaltungsgericht hätte nur über die Staatsange-
hörigkeit der Frau Klara Dittmann entschieden, aber
noch nicht über die Aufhebung der Liquidation,
die übrigens auch nur den Verlag A. Dittmann
G. m. b. H. angeht und nicht die "Deutsche Rund-
schau", die bekanntlich in diesem Verlag erscheint! Wie
wir vorgestern berichten konnten, war auch die Freude über
das Urteil im Staatsangehörigkeitsprozeß verfrüht. Der
Stadtpräsident von Bromberg, die erste Instanz, hat von
neuem das bestritten, was das Oberste Verwaltungsgericht,
d. h. die letzte Instanz, bestätigt hat: die polnische Staats-
angehörigkeit der verstorbenen Frau Klara Dittmann. So
ist es also um die "Berdrehung der Tatsache" bestellt, "die
den Staat schädigen und eventuell öffentliche Unruhe hervor-
rufen könne!"

In einer längeren Verfeindungsrede wies der Ange-
klagte, Schriftleiter Johannes Kruse, darauf hin, daß es der
Firma niemals eingefallen wäre, die Staatsangehörigkeit
der schon längst verstorbenen Mithaberin des Unterneh-
mens festzustellen, in diesem ganzen Prozeß habe es sich
lediglich um die Feststellung gehandelt, daß der Verlag
A. Dittmann G. m. b. H. und damit die ihm gehörende
"Deutsche Rundschau" nicht liquidiert werden könne. Dies
sei auch vom Obersten Verwaltungsgericht anerkannt wor-
den, und die Anklage könne nur das Werk eines Beamten
sein, der vielleicht nicht die Möglichkeit gehabt habe, in diese
Materie einzudringen. — Die "Deutsche Rundschau" brachte
nach einer mit dem Bensor getroffenen Vereinbarung eine
zweite Ausgabe heraus, die ebenfalls wie die erste Ausgabe
der Beschlagnahme unterlag. Das ergab einen zweiten Pro-
zeß, der ebenso wie die erste Sache vertragt wurde.

Der dritte Prozeß betraf einen im Oktober v. J. in der „Deutschen Rundschau“ erschienenen Artikel, der auf eine Rede des Wojewoden von Oberschlesien, Dr. Grażynski, reagierte. Der Wojewode hatte behauptet, und diese Behauptung wurde auch von den deutschen Abgeordneten im Sejm in ausführlichen Darlegungen zur Sprache gebracht, daß es seiner Amtstätigkeit zu verdanken sei, daß es eine deutsche Frage in Oberschlesien überhaupt nicht gebe. Der Staatsanwalt erhob Anklage gegen den Artikel, der in durchaus sachlicher Weise diese Rede des Herrn Wojewoden einer Kritik unterzog. Der Angeklagte Kruse stellte den Antrag, den Wojewoden Grażynski auf die Tatsache hin zu vernehmen, daß er in diesem Sinne im Verbande der schlesischen Aufständischen gesprochen habe, ferner den Präsidenten des Gemischtens deutsch-polnischen Tribunals, Casloner, der bestätigen sollte, daß das deutsche Schulwesen in Oberschlesien tatsächlich Schikanen ausgeübt gewesen ist. Diese Anträge wurden leider abgelehnt. Der Staatsanwalt hatte zwei Wochen Gefängnis und 500 Złoty Geldstrafe beantragt; das Gericht begnügte sich damit, über Herrn Kruse 600 Złoty Geldstrafe bzw. 40 Tage Gefängnis zu verhängen. Gegen das Urteil wird selbstverständlich Berufung eingelegt werden.

Der vierte und fünfte Prozeß, der ebenfalls eine sehr lange Zeit im Anspruch nahm, betraf einen Artikel, in welchem die Praxis des vom merkantilistischen Schulratatoriums bei der Versetzung von deutschen Lehrern des ehemals preußischen Teilstaates nach Kongresspolen einer Kritik unterzogen wurde. Auch hier erklärte sich der Angeklagte bereit, den Wahrheitsbeweis für die Behauptung anzutreten, daß verschiedene deutsche Lehrer aus Pommern nach Kongresspolen versetzt wurden, und daß an ihrer Stelle polnische Lehrer die Leitung der deutschen Schulen übernommen hätten. Die Behauptung, daß es sich bei diesen Maßnahmen um einen „Kampf gegen die deutsche Schule“ handle, hätte daher ihre vollkommene Berechtigung. Dem Antrage auf Verlängerung zur Führung des Wahrheitsbeweises gab das Gericht nicht statt. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf zwei Wochen Gefängnis und 500 Złoty Geldstrafe. Nach einer längeren Beratung wurde das Urteil gefällt, das auf 450 Złoty Geldstrafe lautet.

Die anderen Verhandlungen vor demselben Gericht befragen den „Dziennik Bydgoski“ und den „Dziennik Kujawski“.

Der Parzellierungsplan für 1931.

Anschließend an die Namensliste der in diesem Jahre durch die Agrarreform betroffenen Güter des ehemals preußischen Teilstaates wird in Pos. 61 des „Dziennik Państwowy“ Nr. 8 vom 13. d. M. der Parzellierungsplan für das Jahr 1931 festgestellt. Dieser Plan sieht an Parzellierungen vom Grundbesitz des Staates und der staatlichen Agrarbank in den einzelnen Landamtsbezirken vor: Warszawa 850 Hektar, Petrifau 1000 Hektar, Kielce 1550 Hektar, Lublin 100 Hektar, Wilna 6950 Hektar, Brest a. B. 7200 Hektar, Krakau 450 Hektar, Katowice 850 Hektar, Posen 9900 Hektar, Graudenz (Pommern) 450 Hektar, Lück 5150 Hektar, Lemberg 50 Hektar.

An privatem Grundbesitz sind für die Parzellierung vorgesehen: Warszawa 500 Hektar, Petrifau 4000 Hektar, Kielce 7000 Hektar, Lublin 15 000 Hektar, Bialystok 2000 Hektar, Wilna 20 000 Hektar, Grodno 18 000 Hektar, Brest a. B. 20 000 Hektar, Lück 18 000 Hektar, Tarnopol 15 000 Hektar, Stanislau 5000 Hektar, Lemberg 8000 Hektar, Krakau 3000 Hektar, Posen 15 000 Hektar, Grandenz (Pommern) 12 000 Hektar.

Wenn man die Höhe der in den einzelnen Bezirkslandämmern für die Parzellierung vorgesehene Bodenfläche betrachtet, so scheint es, als würden im Jahre 1931 in einigen Bezirkslandämmern noch größere Gebiete parzelliert als in Posen und Pommern. Tatsächlich ist der Sachverhalt ein anderer. In Posen und Pommern werden die 15 000 bzw. 12 000 Hektar ganz neu parzelliert, während in fast allen anderen Landamtsbezirken bereits parzellierte Flächen in der für 1931 vorgesehenen Zahl mit enthalten sind, so daß die tatsächlich zu parzellierende Fläche oft nicht einmal 50 Prozent der angegebenen Zahl erreicht. Wir führen einige Beispiele an:

In dem Bezirk des Landamtes Kielce sind 7000 Hektar vorgesehen; davon sind bereits 3568 parzelliert. Es verbleiben zur Parzellierung noch 3432 Hektar. In Lublin sind vorgesehen 15 000 Hektar, darunter 4111 Hektar bereits parzellierter Fläche. In Wilna 20 000 Hektar, davon sind 10 887 bereits parzelliert. In Grodno 18 000 Hektar; davon sind 10 970 Hektar bereits parzelliert. In Tarnopol 15 000 Hektar; davon sind 6258 Hektar bereits parzelliert, und in Krakau 3000 Hektar, wovon 1522 Hektar parzelliert sind. In Posen und Pommern sind bereits parzellierte Flächen nicht mit hinzugerechnet.

Eine heiße Angelegenheit in der Militärkommission.

Am 14. d. M. fand eine Sitzung der Militärkommission des Sejm statt, in der der Antrag des Nationalen Klubs auf Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Entlassung von einigen Tausend Offizieren aus dem Heere bzw. Versetzung in den Ruhestand zur Beratung stand.

Abg. Osada (Nat. Klub) begründete in einer längeren Rede den Antrag. Er führte aus, daß diese massenhafte Versetzung von Offizieren in den Ruhestand den Gesetzesvorschriften widerspreche und sagte, daß der Kriegsminister dafür verantwortlich sei.

In der Diskussion nahm Abg. Trampczynski zuerst das Wort und erhob den Vorwurf, daß die Supervisionskommissionen sich nicht von ärztlicher Objektivität leiten lassen, sondern ganz gefundne Offiziere aus dem Heere entliehen, wobei sie Gutachten über Krankheiten abgaben, an denen diese Offiziere gar nicht litten. Der Redner führte eine Reihe von Beispielen an; er stützte seine Behauptung auf Briefe, die er von den entlassenen Offizieren erhalten hat.

Abg. Burda (BVB) führte in Verteidigung des Standpunktes des Kriegsministers aus, daß die polnische Armee aus verschiedenen Elementen bestehe, so auch aus Offizieren der Besatzungsstaaten. Diese übermäßige Anzahl könne noch bis zur Beendigung des Krieges mit den Bolschewisten Beschäftigung im polnischen Heere finden. Später aber erwies sich das Offizierskorps in vielen Fällen als zu groß und in psychologischer Hinsicht sehr verschieden. Der

Bank für Handel und Gewerbe Poznań Poznański Bank dla Handlu i Przemysłu

SP. AKC.

POZNAŃ / BYDGOSZCZ / INOWROCŁAW / RAWICZ

Gute Verzinsung von Spareinlagen

in allen Währungen

Erledigung auch aller sonstigen Bankgeschäfte / Tresor-Anlagen /



Militärdienst wurde anders von den Offizieren aus der russischen Armee, anders von denen aus der österreichischen oder deutschen Armee und wieder anders von den Legionären aufgefaßt. Während einer Reihe von Jahren war in der polnischen Armee kein Abschluß überflüssiger Personen durchgeführt worden und daher sammelte sich eine große Anzahl von überflüssigen Elementen an, deren man sich jetzt entledigen mußte. Hätte man dies nicht getan, so würden die Offiziere, die schon aus den polnischen Offizierschulen hervorgegangen sind, nicht die Möglichkeit haben, zu avancieren. Der Redner spricht sich gegen den Antrag des Nationalen Klubs aus.

Abg. Lieberman (PPS) erklärte, daß die Wahl einer außerordentlichen Kommission zu keinem konkreten Resultat führen würde. Es ist sicher, daß der Kriegsminister alle Erklärungen und die Mitwirkung mit der Kommission ablehnen wird, und ohne ein Zusammenwirken mit der Regierung ist die Arbeit der Kommission nicht denkbar. Die Herren Redner vom BB-Klub haben zugegeben, daß es möglich sei, daß einer Reihe von Offizieren, die in den Ruhestand versetzt wurden, Unrecht geschehen sei. Doch der Redner ist nicht der Meinung, daß dies im Interesse des Staates sei. Der Redner kennt entlassene Offiziere, die jung und gesund sind und jetzt Ruhegehalter beziehen. Das ist ein Unrecht an diesen Offizieren und am Staate, der unnötige Lasten trägt. Der Redner stellte fest, daß genug Bündnisse in unserer inneren Situation seien, und es bestehe keine Notwendigkeit, neue Konflikte zu schaffen durch Bildung einer außerordentlichen Kommission, von der man im Voraus weiß, daß ihre Arbeit zwecklos sein werde aus Mangel an Material, das nur die Regierung der Kommission liefern kann. Der Redner will nicht präjudizieren, ob die aus der Armee entlassenen unzufriedenen Offiziere im Rechte sind, aber wenn man sie nicht zum Rapporte vor dem Kriegsminister zuläßt und über ihre Beschwerden zur Tagesordnung übergeht, ohne auf den Inhalt derselben einzugehen, muß der Sejm die Untersuchung dieser Fälle verlangen. Da die Bildung einer außerordentlichen Kommission zwecklos ist, möge die Regierung die Angelegenheit prüfen und das Unrecht beseitigen.

Der Redner bat um eine Pause von 10 Minuten zwecks Redigierung einer Resolution. Die vom Abg. Liebermann vorgeschlagene Resolution lautete:

„Im Hinblick darauf, daß

1. laut der sich immer mehr verbreitenden Meinung die massenhaften Versetzungen der Offiziere der Armee in den Ruhestand in den letzten Jahren in einer ungerechten und mit dem Gesetze unvereinbaren Weise vorgenommen wurden,

2. daß die geschädigten und sich beschlagenden Offiziere zum Rapport vor dem Kriegsminister nicht zugelassen werden,

3. daß die mit dem Gesetze unvereinbaren Versetzungen in den Ruhestand den Staatschah belasten,

fordert der Sejm die Regierung, insbesondere auch den Herrn Kriegsminister auf, die Angelegenheit der massenhaften Versetzungen von Offizieren in den Ruhestand einer Revision in der Richtung zu unterziehen, daß die Beschwerden der interessierten Offiziere geprüft werden und im Falle der festgestellten Verleugnung des Gesetzes das zugesetzte Unrecht beseitigt werde.

Bei der Abstimmung wurden für den Antrag des Nat. Klubs 6 Stimmen, gegen den Antrag 15 Stimmen abgegeben. Für den Antrag Liebermanns stimmten 15 Abgeordnete, gegen 10 Abgeordnete. Da der Antrag Liebermanns angenommen wurde, legte der Vorsitzende der Kommission Abg. Kościakowski das Amt des Vorsitzenden nieder mit der Begründung, daß der Antrag des Nat. Klubs den in Frage kommenden Ärzten schwere Verleugnung ihrer Berufspraxis vorwerfe und der angemommene Antrag Liebermann vorwegnehme, daß Offiziere unter Verleugnung des Gesetzes verabschiedet worden seien. Zum Zeichen des Protestes gegen derartige Beschlüsse legte er den Vorsitz nieder.

Vorsicht vor außenpolitischen Debatten!

Warszawa, 14. Februar. (Eigene Meldung.) Am Donnerstag sollte eine Sitzung der Außenkommission des Sejm stattfinden. Sie sollte der Diskussion über das Exposé des Außenministers gewidmet sein. Da aber der Außenminister Baleski und zahlreiche Mitglieder der Kommission nicht erschienen waren, hat der Vorsitzende Abg. Kościakowski die Sitzung auf Dienstag, 18. d. M., vertagt.

Heute, 14. d. M., sollte wieder die gemeinsame Sitzung der Außen- und Militärkommission des Senats stattfinden. Es war verheißen worden, daß der Minister Baleski ein Exposé halten würde. Die Sitzung ist aber nicht zustande gekommen, denn der Stellvertreter des Vorsitzenden Senator Lubomirski, Senator St. Kościakowski, hat im Einvernehmen mit dem Minister Baleski die Sitzung auf Dienstag, 18. d. M., verschoben. Eine letzte Meldung besagt, daß für die Sitzung der Außenkommission des Sejm noch kein Termin festgesetzt wurde.

In politischen Kreisen wird dieser Umstand eingehend kommentiert, denn es gilt als selbstverständlich, daß der Aufschluß nicht ohne Einvernehmen mit dem Minister Baleski erfolgt ist.

Estonienseidliche Demonstrationen in Kowno.

Kowno, 15. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern nachmittag fanden in verschiedenen Teilen von Kowno Demonstrationen gegen Estland statt anlässlich des letzten Aufenthalts des Präsidenten Strandmann in Polen, besonders in Wilna. Die Demonstranten versuchten mehrfach, vor die estnische Gesandtschaft zu gelangen, was jedoch die Polizei verhindern konnte. Unter feindlichen Rufen gegen Estland und Strandmann verbrannte man das Bild des Letzteren und die estnische Flagge. Unter den Demonstranten befanden sich zahlreiche Staatsbeamte und Militärs.

Deutsches Reich.

Befreiung.

Am 7. März will der jetzt 75jährige amerikanische Schriftsteller, der Verfasser zahlreicher zeitgeschichtlicher Werke, Poultney Bigelow, nach Holland reisen, um den früheren deutschen Kaiser zu besuchen und um die während des Krieges unterbrochene und sich jetzt über 60 Jahre erstreckende Freundschaft wiederherzustellen. Bigelow will Abhilfe tun wegen seiner überreichten gebildeten Urteile von Deutschlands Kriegsschuld. Er erklärt, daß er nach jahrelanger Prüfung der geschichtlichen Urkunden und aller verfügbaren Aktenveröffentlichungen zu der Erkenntnis gekommen sei, daß eigentlich niemand wisse, wer den Krieg begonnen habe. Kaiser Wilhelm hätte jedenfalls sein Bestes getan, um den Frieden zu erhalten.

Böß soll ohne Pension sein Amt verlassen.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat am Donnerstag in mehrstündigter Sitzung über die Anträge der einzelnen Fraktionen zum Fall Böß beraten. Angenommen wurde von allen Anträgen derjenige der Deutschnationalen, der die Amtsenthebung des Oberbürgermeisters ohne Pension im beschleunigten Disziplinarverfahren gefordert hatte.

Kein Panzerkreuzer B.

Das Kabinett hat am 13. d. M. beschlossen, für den Panzerkreuzer B keine Rate in den neuen Etat einzustellen. Nicht einmal die sogenannte Anerkennungsgebühr ist bewilligt worden.

Aus anderen Ländern.

Überfall auf eine Polin in Angora.

Angora, 13. Februar. (PAT) Am 11. Februar abends 7 Uhr wurde die Gattin des diplomatischen Übersetzers bei der polnischen Gesandtschaft, Frau Buczyńska, von einem unbekannten Mann überfallen, der ihr die Handtasche aus der Hand riß. Frau Buczyńska fiel zu Boden und brach sich das Schüsselbein. Der Angreifer konnte bisher nicht gefasst werden.

Hughes oberster Richter.

New York, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer sehr erregten Aussprache, die den ganzen Tag dauerte, bestätigte der amerikanische Senat mit 52 Stimmen gegen 26 die Ernennung Hughes' zum obersten Richter der Vereinigten Staaten.

Wieder in Paris.

Paris, 15. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Ministerpräsident Tardieu und Außenminister Briand sind am Freitag abend wieder in Paris eingetroffen. — Am Montag morgen findet im Elysée ein Ministerrat statt. Gegenstand der Beratungen werden die Londoner Flottenverhandlungen sowie die Kammerberatung über das neue Finanzgesetz sein.

Feng im Bormarsch.

London, 15. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Streitkräfte des Generals Feng dringen in der Provinz Hupe vor. Ihr Ziel ist die Einnahme von Hankau.

In Afghanistan Ruhe.

London, 15. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der neue Aufstand in Afghanistan ist unterdrückt, so daß wieder Ruhe in Afghanistan herrscht. Amanullah beabsichtigt in der Nähe des Hauptbahnhofs in Rom ein neues Haus bauen zu lassen, um auf diese Weise sein Vermögen in Rom anzulegen.

Mit der vorstehenden Meldung steht in Widerspruch die folgende Drahtung:

London, 15. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus Pejshawar gemeldet wird, sind alle Wege nach Kabul von dem aufständischen Stamm der Schiwaris besetzt, der über eine gut bewaffnete Armee von 40 000 Mann verfügt. Zu den Schiwaris soll auch der Stamm der Nomaden in einer Zahl von 15 000 Mann stoßen; man erwartet jeden Augenblick, daß die Kämpfe um Kabul von neuem beginnen.

Bromberg, Sonntag den 16. Februar 1930.

Pommerellen.

15. Februar.

Graudenz (Grudziądz).

X Apotheken-Nachtdienst. Von Sonnabend, 15. Februar bis einschließlich Freitag, 21. Februar: Adler-Apotheke (Apteka pod Orłem), Oberthornerstraße (8 Maja) und Greif-Apotheke (Apteka pod Gryfem), Lindenstraße (Lipowa).

a Deutsche Bühne. Von vollem Erfolg begleitet war auch die zweite Aufführung des Ludwig Thomäischen Werkes "Moral". Zu der bereits erfolgten ausführlichen Besprechung wäre noch nachzutragen, daß der bei der Premiere verhinderte Darsteller Hellmut Stast am Platz war und seine Aufgabe als Kommerzienrat Holland mit seiner bereits oft gewürdigten Technik und Routine meisterte. Das Näderwerk des Zusammenspiels lief reibungslos ab und ließ das Interesse der Zuschauerschaft von Anfang bis Ende nicht erlahmen. Es wäre nur zu wünschen, daß derartige Werken und Aufführungen seitens der Öffentlichkeit mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht wird. Unsere Deutsche Bühne ist ein Kulturinstitut und hat die hohe Aufgabe, das wertvolle deutsche Schrifttum zu pflegen und zu verbreiten. Um dies aber durchzuführen zu können, braucht es unbedingt die größte Unterstützung der gesamten deutschen Gesellschaft.

X Hundesperre im Landkreis Graudenz. In einigen Dörfern des Landkreises Graudenz ist amtstierärztlich Tollwut festgestellt worden. Deshalb hat der Starost durch eine vom 8. Februar datierte Verordnung für den ganzen Kreis die Hundesperre angeordnet. Demgemäß müssen alle Hunde festgelegt werden. Sofern sie an der Leine geführt werden, sind sie mit einem sicheren Maulkorb zu versehen. Auch das freie Umherlaufenlassen von Hunden ist verboten. Das Herausführen von Hunden aus einem gefährdeten Gehöft bzw. Bezirk ist nur mit Erlaubnis des Starosten, und zwar nur nach vorheriger Bekundung des Kreistierarztes, daß kein Verdacht auf Tollwut vorliegt, gestattet. Zwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis 1000 Złoty oder Gefängnis bis zu sechs Wochen bedroht, sofern nicht nach allgemeinen anderen Bestimmungen eine höhere Buße in Frage kommt.

X In Sachen der Arbeitslosen-Unterstützung weilte Stadtpräsident Włodek mehrere Tage in Warschau, wo er mit den kompetenten Stellen Besprechungen hatte. — In den Reihen der Arbeitslosen herrscht bei einem großen Teile die vernünftige Strömung, sich freizumachen von dem Einfluß überradikaler, kommunistisch angehauchter Agitatoren. Und so hat man denn einen neuen Arbeitslosen-Ausschuß gebildet, der den Namen „Bezirksamt bezrobotniczy“ (Unparteiisches Arbeitslosen-Komitee) trägt. An der Spitze dieses Komitees steht der Erwerbslose Nadarzynski, der bekanntlich bei den seinerzeitigen Unruhen auffällig verlegt worden war. Je mehr Ruhe und Einsicht bei den Erwerbslosen einkehrt, um so eher werden Bürgerschaft und Behörden ihnen zu helfen geneigt sein.

X Die Erweiterung des Elektrizitätswerks. Die Verwaltung des städtischen Elektrizitätswerks bringt zur allgemeinen Kenntnis, daß am Mittwoch, dem 19. Februar d. J. vorm. 10.30 Uhr, im Starostwo in Graudenz die Kommission zur Besichtigung des vom Magistrat der Stadt Graudenz ausgebauten Teiles des Elektrizitätswerks zusammentritt. Die Erlaubnis zum Ausbau des genannten Werkes ist vom Wojewodschaftsamt unter dem 4. I. 30, Nr. VIII 1. 2. u. 17 174 erteilt worden, und zwar auf Grund der polizeilich-technischen Untersuchung und der am 30. 12. 29 stattgehabten Verhandlung. Alle Interessenten werden aufgefordert, an den von der Kommission vorzunehmenden Besichtigungen teilzunehmen. Etwaige den Betrieb des Elektrizitätswerkes betreffende Einsprüche, die nach dieser Anaugenscheinnahme eingereicht werden, bleiben unberücksichtigt.

X Überfall auf einen Dorfschulzen. In unserem Nachbardorf Niedendorf (Nowawies) kam zu dem dortigen Gemeindeschulzen vor einigen Tagen ein Arbeitsloser, damit ihm seine Unterstützungsunterstützung unterschrieben werde. Nachdem dies erfolgt war, belästigte der übrigens nicht ganz nüchternen Besucher den Schulzen mit Redensarten, wie: er solle ihm Arbeit verschaffen usw. Als der Büdringliche zum Verlassen der Wohnung aufgefordert wurde, nahm er eine direkt aggressive Haltung an und griff den Gemeindeschulzen tatsächlich an. Da sich inzwischen draußen weitere Arbeitslose angesammelt hatten, gestaltete sich die Lage für den Bedrohten kritisch. Zum Glück nahte sich ein in Niedendorf wohnender pensionierter Polizeibeamter, und mit dessen Hilfe gelang es, die Unruhestifter von Ausschreitungen fernzuhalten.

X Nach dem letzten Polizeibericht wurden zwei Personen festgenommen, darunter ein Dieb. Gestohlen worden sind aus dem Jan Balakischen Geschäft, Altestraße (Stará) 10, Pantoffeln im Werte von 180 Złoty, ferner durch einen Einbruch in der Nacht zum Freitag aus dem Wacław Majewski'schen Laden, Schuhmacherstraße (Sękowska) 2, Schokolade und Zuckerwaren für 300 Złoty, sowie schließlich aus der Pauline Liedsch'schen Wohnung, Kasernenstraße (Koszarowa) 18, zwei Uhren, die sich in einem Schrank befunden haben; Wert 100 Złoty.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Die Frauen schmunzeln und lachen, wenn die Moral predigenden Männer mit einem Male als unmoralisch enthüllt werden, wie es in der wunderbaren Komödie von Thomas "Moral" geschieht. Es sollte daher niemand versäumen, sich diese lustige Satire anzusehen. Sie wird zum letzten Male am Sonntag, dem 16. d. M., nachmittags 2 Uhr, im Gemeindehaus gespielt. (2058 *) Mit Zeppelin nach dem Nordpol. Es ist erstaunlich, wie die Zeitung der Graudener Bühnenfeste für ihre großen Bühnenfeste immer wieder neue Ideen aufbringt; so hat sie für ihren Rosenmontags-Maskenball am 8. März im Gemeindehaus eine Zeppelinfahrt nach dem Nordpol angelegt. Unwillkürlich denkt man daran, daß es ein eisiges Fest werden wird, zu dem man im Pelz und den modernen hohen Gummi-Schuhen gehen muß. Sie hat aber wie Jules Verne Zukunftsgedanken, sie entdeckt eine Insel, die von heißen Quellen umspült ist, und auf der blühender Sommer ist. Auf diese Insel geht der Zeppelin mit der Reisegesellschaft, die sich aus allen Nationen zusammensetzt, nieder; die wird von den Inselpassagieren freudig empfangen. Sofort wird eine Mitternachts-Sonnenfeier veranstaltet mit künstlerischen Gruppen- und Solo-Tänzen und auf dieser von hohen Eisbergen umgebenen Insel entwickelt sich ein fröhliches und übermäßiges Leben, das bis zum frühen Morgen dauert. Über die weiteren Veranstaltungen der Zeppelinfahrt und des Mitternachts-Sonnenfestes werden wir von jetzt an hier täglich berichten. Es empfiehlt sich daher, diese täglichen Berichte zu beachten, da sie über den gesamten Aufbau und Verlauf des Festes genaue Auskunft geben werden. Einladungen zur Zeppelinfahrt können nur auf Einladung gelöst werden; Besuche um Einladungen sind an den Vorsitzenden Arnold Kriedte, Grudziądz, Mieczkowica 3, zu richten. (2190 *)

Thorn (Toruń).

Ein Spionage-Prozeß.

Thorn, 18. Februar. (PAT) Vor dem Appellationsgericht in Thorn fand eine Verhandlung gegen den früheren Bankbeamten Hein Glihe statt, der der Spionage zugunsten eines Nachbarstaates angeklagt war. Das Gericht erkannte den Angeklagten des Landesverrats für schuldig und verurteilte ihn zu einem Jahre Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

+ Apotheken-Nachtdienst von Sonnabend, 15. Februar, abends 7 Uhr, bis Sonnabend, 22. Februar, morgens 9 Uhr einschließlich, ferner Sonntagsdienst am 16. Februar: "Löwen-Apotheke" (Apteka pod Lwem), Elisabethstraße (ul. Króla Jana III) 1, Fernersprecher 269.

+ Das Stadtverordneten-Kollegium tritt Mittwoch, 19. Februar, nachmittags 6 Uhr, zu einer Sitzung zusammen. Verwaltungs- und Finanzausschuss tagen am Montag, 17. Februar, um 6 Uhr nachmittags.

t. Rugholzabfuhr. Der Magistrat der Stadt Thorn verkauft auf dem Submissionswege am Donnerstag, 20. Februar, Richten-Rugholz aus dem Einstieg des Wirtschaftsjahrs 1929/30 wie folgt: Aus dem Bezirk 128 des Reviers Steinort (Kamieńiec) 357,57 Raummeter (= 428 Stück), darunter 33,82 Raummeter 1., 178,50 Raummeter 2., 141,89 Raummeter 3. und 3,86 Raummeter 4. Klasse. Die Entfernung zur nächsten Eisenbahnstation beträgt 8 Kilometer. Schriftliche Offerten mit der Aufschrift "Submissja nadzorowana ażylkowa" sind in versiegelten Umschlägen bis zum 20. Februar, vormittags 10 Uhr, an den Magistrat, 6. Wydział Dóbr i Lasów, einzureichen. Darauf erfolgt die Eröffnung der Gebote in Gegenwart der eventl. erschienenen Bieter. Der Verkauf findet auf Grund der für Holzverkäufe auf schriftlichem Wege gültigen Bestimmungen statt, die im Zimmer 26 des Rathauses eingesehen werden können.

t. Die städtischen Steuern von Veranstaltungen und Schauspielstätten, die durch die städtischen Körperschaften beschlossen und durch die Wojewodschaft bestätigt wurden, betragen bei spätrlichen Veranstaltungen 10 Prozent, bei Kabarett- und Circusvorstellungen sowie Ringkämpfen 60 Prozent, bei Lehr- und historischen Filmen 10 Prozent, bei Filmen mit höherem künstlerischen Wert 20 Prozent, bei künstlerischen Filmen 25 Prozent, bei Unterhaltungsfilmen 30 bis 50 Prozent, bei minderwertigen Filmen 60 Prozent. Bei Filmen inländischer Produktion kann die Steuer auf die Hälfte ermäßigt werden mit Ausnahme minderwertiger Filme, bei

denen die Steuer sodann 40 Prozent beträgt. Alle anderen Veranstaltungen werden mit 20 Prozent besteuert.

v. Der Freitag-Wochenmarkt brachte recht lebhafte Verkehr. Der Markt war mit Ausnahme der Fischstände sehr gut besucht. Man zahlte für das Pfund Butter 2,80—3,20, für die Mandel Tiere 2,80—3,00 (gegen Marktschlüssel 2,50), für Sahne 2,80—3,20, für Glühwein 0,50 und für Kartoffeln 5,00 bis 6,50 der Zentner. Auf dem Obst- und Gemüsemarkt wurden folgende Preise notiert: Äpfel 0,80—1,50, Blumenkohl 0,50, Weißkohl 0,15, Rotkohl 0,25—0,30, Grünkohl 0,25 bis 0,30, Rosenkohl 0,60—0,80, Wirsingkohl 0,25, Mohrrüben 0,15, rote Rüben 0,20, Brüder 1, Zwiebeln 0,25, weiße Bohnen 0,70—0,80. Der Gesäßarkt brachte Puten mit 12,00—15,00, Suppenkübler 6,00—8,50, Enten 7,00—8,00, Lämmen 1,80—2,00 das Paar und Gänse 10,00—12,00. An den Fischständen zahlte man für Hecht 1,50, für Wels 1,50, für Suppenfische 0,70—0,80, für Salzheringe 0,15—0,20 pro Stück und für frische Blähnern 1,40. — Auf dem Buttermarkt gab es eine Sensation. Eine Bäuerin hatte ihre Butter zu einem billigeren Preis angeboten, was einen starken Kundenandrang zur Folge hatte. Der ganze Worrat wurde von der Polizei beschlagnahmt, da der Butter Margarine zugesetzt war.

k Aus dem Gerichtssaal. Am 13. d. M. wurde vor der Strafanstalt des Bezirksgerichts u. a. gegen den Fischer Leon Pohl und dessen Ehefrau Marie, geb. Megger, aus Culm wegen Meineides verhandelt. Die Anklage legte ihnen zur Last, im Juli 1926 vor dem Kreisgericht in Culm fälschlich ausgesagt zu haben, daß der Polizeibeamte Grzegorz dem Angeklagten während eines Streites mit dem Fuß eines Bettgestells einen Schlag versetzt habe, so daß er zu Boden gestürzt und mit Blut überströmt gewesen sei und diese Aussage mit einem Eid bekräftigt zu haben. Der Zeuge Gra. sagte dagegen in der jetzigen Verhandlung aus, daß P. ihm einen Schlag mit einem Hammer versetzt habe und er, um P. von sich abzuwehren, diesem einen Schlag mit der Faust versetzt habe. Die gerichtliche Verhandlung sowie die Beweisaufnahme ergaben die Schuld der Angeklagten. Der Staatsanwalt beantragte je 1 Jahr Buchthaus, 10 Jahre Chrverlust und Verlust der Fähigkeit, als Zeuge vernommen zu werden. Das Urteil lautete auf je 1 Jahr Buchthaus, 5 Jahre Chrverlust und Verlust der Fähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger aufzutreten.

+ Wegen schwerer Körperverletzung, die er dem Postbeamten Bronisław Kołonowski aus der Bergstraße (ul. Podgórska) 55 während eines Vergnügens im Schützenhaus zugefügt hatte, wurde der Drechsler Zygmunt Kowalewski aus der Ullmenallee (ul. Więzowa) 16 verhaftet und dem Gericht zur Bestrafung zugeführt.

+ Beim Versuch, Halschgeld in Verkehr zu bringen, wurde auf dem Bahnhof Thorn Stadt der vermutlich in Łódź wohnende Reisende Szlama Holzman verhaftet und nach erfolgter Vernehmung ins Gerichtsgefängnis eingeliefert.

+ Festgenommen wurden im Laufe des Donnerstags zwei Personen wegen Trunkenheit und zwei Frauensperonen wegen Entziehens von der ärztlichen Kontrolle.

+ Aus dem Landkreis Thorn, 14. Februar. Am Donnerstag verbrannte in Gramschen ein Getreidespeicher mit Gerste und Hafer zum Schaden des Landwirts Włodzimierz Waleś. Der Schaden beträgt etwa 6000 Złoty, während die Versicherung nur auf 4000 Złoty abgeschlossen war. Die Brandursache ist unbekannt.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Copperricus-Verein. Mittwoch, den 19. Februar, 8 Uhr, findet im Deutschenheim die öffentliche Festfeier statt, durch die alljährlich der Geburtstag des Nic. Copperricus gefeiert wird. Den Festvortrag hält Herr Professor Brien über "Samuel Thomas von Soemmerings Jugendzeit in Thorn", über den großen Anatomen und Physiker, der vor 175 Jahren hier geboren ist und seine Jugendjahre verlebt hat.

Thorn.

Gebärmutter-Beratung — Kostenanschläge usw.

unverbindlich.

Künstler-Dekorations-Werkstatt

Gebr. Schiller

Malerwerkstatt

Toruń, Browarna 9 — Tel. 426

Putz von Häuserfronten unter Benutzung

eigener Gerüste Erstklassige Ausführung

bei Verwendung besten Materials.

Innenmalereien und Dekorationen

mehrfaß ausgezeichnet.

Gegründet 1898.

ca. 210

Copperricus-Verein.

Mittwoch, den 19. Febr., 8 Uhr, Deutschesheim

Dekorative Festfeier

(Geburtstag des Nic. Copperricus).

1. Jahresbericht

2. Festvortrag: Herr Prof. Brien

"Aus Sam. Thom. v. Soemmerings Jugendzeit in Thorn".

(2238 **)

Hebamme

erteilt Rat, nimmt

briefl. Bestellung, ent-

gegen und Damen zu

längerem Aufenthalt.

E. Friedrich,

Toruń, Sw. Jakuba 13.

1524

Fr. Brzeski

Toruń

Szeroka 43

Hüte

Kravatten

Wäsche

Herren-Artikel

Möbel!

ca.
100 Zimmer-Einrichtungen
jedt. zur Auswahl am Lager
in allen Preislagen empfohlen
Gebrüder Tews

Möbel-Fabrik
Toruń

Mostowa 30

Telefon 84

1489

Wollwaren

Anzug-, Paletot-, Kleider- u. Kostümstoffe

Seidenwaren

Baumwollwaren

W. Grunert, Skład bławatów

Stary Rynek 22 Toruń Altstadt, Markt 22

ca. 1248

W. Grunert, Skład bławatów

Stary Rynek 22 Toruń Altstadt, Markt 22

ca. 1248

W. Grunert, Skład bławatów

Stary Rynek 22 Toruń Altstadt, Markt 22

ca. 1248

W. Grunert, Skład bławatów

Stary Rynek 22 Toruń Altstadt, Markt 22

ca. 1248

W. Grunert, Skład bławatów

Stary Rynek 22 Toruń Altstadt, Markt 22

ca. 1248

W. Grunert, Skład bławatów

p. Tuchel (Tuchola), 14. Februar. Der heutige Wochenmarkt war festlich gut besucht und besichtigt. In ungeheuren Mengen gab es diesmal Eier, wofür 1,80 pro Mandel gezahlt wurden, später wurden sie mit 1,90 abgesetzt. Das Pfund Butter kostete heute 2,30—2,60. Gemüse war nur in geringen Mengen vorhanden. An Geflügel wurden angeboten Puten mit 1—1,10 pro Pfund Lebendgewicht. Enten mit 5,50 pro Stück. Hühner 4,20—5,80. Die Fleischpreise waren unverändert. An den Fischständen wurden folgende Preise gezahlt: Hechte 1,60—1,80, Barsche 1,40, Karauschen 1,30, Brat- und Suppenfische 0,50—0,90, frische Heringe 0,45—0,60, Salzheringe 8—10 Stück für 1 Zloty. Speisefarbstoffen kosteten 3,50—4,50. Das Paar Ferkel wurde mit 87—125 Zloty abgesetzt. Für das Einspanner-Fuder Brennhölz verlangte man diesmal 12,50—17,50, und für das Zweispänner-Fuder 16,75—23,50. — „Man muss es nur versuchen, den Leuten das Geld aus der Tasche zu holen!“, so dachte ein ganz geriebener Spitzbube, steckte sich in die Tracht eines Franziskaners und begann sein „Geswerbe“ in Groß-Mangelmühl (Wielki Miedromiecz) bei Tuchel. Da er, nach seiner Angabe, Geld zum Bau eines Klosters in Gdingen sammelte, war man läuerlicherseits auch nicht kleinlich und spendete anständige Beträge. Einer der Besitzer, der auch eine nette Summe gezeichnet hatte, durchlief noch schnell die in der Sammliste eingetragenen Namen. Jedoch fiel es ihm zu spät auf, dass er ein Ort, aus welchem angeblich der dort amtierende Geistliche sich auch mit einer anständigen Spende beteiligt hatte, überhaupt nicht als Kirchdorf existiert. Demgemäß erkannte er, dass er einem Schwindler in die Hände geraten war, der inzwischen unbekannt über „Berg und Tal“ verschwunden war.

m. Dirshau (Tczew), 14. Februar. Die Feiern drangen in der letzten Nacht in ein Kolonialwarengeschäft in der Samborstraße ein und entwendeten Ware im Wert von ca. 50 Zloty. Von den Dieben fehlt bis jetzt jede Spur. — In einem städtischen Gebäude auf der Neustadt, welches im vorigen Jahre aufgebaut wurde, fürgsten vor einigen Tagen mehrere Fenster die jetzt neu aufgestellt und repariert werden müssen. Der Grund des Einbruches der Fenster ist jedenfalls in einer Seitung der aus frischem Holz geleerten Fußböden zu suchen.

h. Neumark (Niemniasto), 14. Februar. Infolge Glätte stürzte Frau Grzonkowska auf dem Bürgersteig am Markt zu Boden und zog sich einen Beinbruch zu. — In der Zeit vom 15. bis 31. Januar d. J. verzeichnete das hiesige Standesamt 7 Geburten (4 Knaben, 3 Mädchen) und darunter eine Zwillingsschwangerschaft (Knabe und Mädchen), sowie einen Todesfall. Im gleichen Zeitraum wurde eine Geschlechterung vollzogen.

h. Konitz (Chojnice), 14. Februar. Der Kath. Gesellenverein veranstaltete kürzlich im Hotel Engel die Feier seines 32. Stiftungsfestes in Anwesenheit einer großen Festgemeinde. Der Vorsitzende, Rektor Tuschik, hielt die Festansprache, an die sich die Theateraufführung „Der Teufelschmied von Wien“ anschloss. Die Aufführung musste als gut gelungen bezeichnet werden. Ein Tanzkränzchen hielt Alt und Jung noch längere Zeit in gemütlicher Stimmung zusammen. — Ein neuer Brotpreis ist hier in Kraft getreten. Es kostet 1 Kilo Brot 36 Groschen, ein 3-Pfundbrot 55 Groschen, ein 4-Pfundbrot 70 Groschen, 1 Semmel (55 Gramm) 5 Groschen. — Wegen Körperverletzung hatten sich die Zimmerleute Konstantin Wnuk, J. Kozak, Fr. Gawronski und Jan Wnuk, sämtlich aus Miedromiecz, vor Gericht zu verantworten. Auf der Chaussee zwischen Tuchel und Kensau fielen sie über Franz Musolf her und brachten ihm erhebliche Verlebungen bei. Die Angeklagten wurden zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

P. Bandenburg (Pieckowice), 18. Februar. Auf dem letzten Vieh- und Pferdemarkt war ein lebhafter Handel und Verkehr zu beobachten. Bei mittelmäßigem Auftrieb von Kühen zahlte man für gute Milchkühe 450—600, für

mittelmäßige Stücke 350—400, für minderwertige durchschnittlich 200 Zloty. Auf dem Pferdemarkt forderte und erhielt man für gute Rassettiere 600—800 Zloty. Gute Arbeitspferde standen mit 400—500 Zloty im Preis. Geringere Pferde wurden mit 200—280 Zloty gehandelt. Für Schlachtpferde zahlte man 30 Zloty. — Die Staatliche Oberförsterei Klein-Lutau (Lutowsko) verkauft am Dienstag, dem 18. Februar, um 10 Uhr vormittags in Bemelburg im Hotel „Polonia“ einen größeren Posten Nub- und Brennhölz aus den Förstereien Swidwie, Gichfeld, Neuhaus, Saleśnia und Gaj gegen sofortige Barzahlung.

Leipziger Frühjahrsmesse. Die am 2. März beginnende Leipziger Frühjahrsmesse wird infolge überraschender Beteiligung deutscher und ausländischer Aussteller alle bisherigen Messen in Umfang übertreffen. Alle Meistersäle und Ausstellungshallen sind voll besetzt. Die bis jetzt schon vorliegenden Einlaufanmeldungen aus dem Inland und Ausland, besonders aus Übersee, lassen einen bisher noch nicht erreichten Besuch erwarten. (1526)

Die Christenverfolgung in Russland.

Britische Proteste.

London, 13. Februar. (PAT.) Bei der Besprechung der Frage der Wirtschaftsverhandlungen mit Russland im Oberhause protestierte der Erzbischof von Canterbury gegen die Religionsverfolgung in Sowjetrußland und erklärte, er müsse die öffentliche Meinung der ganzen Welt auf die Notwendigkeit richten, eine Gegenaktion gegen diese Verfolgungen einzuleiten. Lord Parmoor erklärte namens der Regierung, obgleich die Einmischung in die inneren Verhältnisse Russlands mit Schwierigkeiten und Gefahren verbunden sei und obgleich es schwer sei, von dort Nachrichten über den wirklichen Stand der Dinge zu erhalten, werde der Außenminister Henderson dennoch alles tun, was in seiner Macht stehe, um die Grausamkeiten zu mildern.

Im Unterhause gab auf eine diesbezügliche Anfrage der Außenminister Henderson die Erklärung ab, dass die Nachrichten über die Lage der Religion in Russland, die wie in der ganzen Welt so auch in England große Unruhe hervorriefen, den Gegenstand erster Überlegungen bilden. Der Minister zweifelt, ob die Lösung dieser Frage durch ihre Überweisung an den Volkswahlkandidat erleichtert werde. Jedenfalls werde die englische Regierung ihren ganzen Einfluss aufwenden, um dem Grundsatz der religiösen Freiheit und dem Recht freier Religionsübung Achtung zu verschaffen.

Der anglikanische Erzbischof von Canterbury hat an die englische Christenheit einen Aufruf zum Protest gegen die Christenverfolgungen in Sowjetrußland gerichtet und Sonntag, 16. März, zum allgemeinen Bettstag für die verfolgten Christen in Sowjetrußland bestimmt. Zu seinem Aufruf sagt der Erzbischof, dieser Terror sei ohne Vorgang in der traurigen Geschichte der Christenverfolgungen. Die Christen könnten nicht schweigen diesen Zustand zusehen. Die Tatsache, dass die diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland wieder aufgenommen seien, legt England Verantwortlichkeit auf, die es gemäß seinen besten Traditionen nicht übersehen könne.

Einen ähnlichen Aufruf haben der anglikanische Erzbischof von York und der katholische Erzbischof Englands, Kardinal Bourne, erlassen.

Briefe aus dem Reich des Antichrist.

Einem Bericht der „Deutsch. Allgem. Blg.“ aus Stockholm über die Lage der dort eingetroffenen schwedischen Rückwanderer aus Sowjetrußland entnehmen wir folgende Mitteilungen:

Nach dieser Auswanderung scheint es, wie man jetzt aus Briefen lesen kann, die trotz aller Kontrolle durchgekommen sind, viel schlechter für die Bauern geworden zu sein. In einem dieser authentischen Dokumente heißt es in schwedischer Sprache: „Bei uns ist das Leben wieder schwer. Sie nehmen jetzt den Bauern alles fort, Haus, Pferd, Kuh, alle Möbel und Kleider, Geld und Brot, es bleibt uns nur, was wir am Leibe haben, und so werden wir vertrieben und können hingehen, wo wir

wollen. Die Hungersnot seinerzeit war schwer, aber jetzt ist es noch schwerer. Jetzt wollen sie 16 Häuser einreihen und ein elziges bauen, in dem alle zusammen wohnen sollen, und essen sollen sie auch alle aus einer Schüssel. Jetzt wollen sie also erst recht eine richtige Kommune machen. Am Tage kommen sie und schreiben alles auf, und in der Nacht kommen sie mit Wagen und führen alles fort.

In R. haben sie alles weggenommen für 100 Familien und sie weggetrieben und die Glocken haben sie auch alle von den Kirchen heruntergenommen und sagen, dass sie keinen Nutzen mehr hätten. Die Kinder wollen sie auch noch abholen, so dass man kein Recht über sie hat.

Wenn wir flügel hätten, würden wir in die Nacht hinaus fliegen, so doch wir am Morgen nicht mehr hier wären.

In einem dieser Briefe wird noch gemeldet, dass ein deutscher Pfarrer, Friedrich Land, in einem deutschen Dorfe zum Tode verurteilt wurde.

Der Ausrottungskrieg gegen die Kirche ist ja auch aus anderen Meldungen bekannt genug. Pastor Hoas, der Pfarrer der schwedischen Rückwanderer, erzählt darüber noch aus eigenen Erfahrungen: „Meistens werden die Pfarrer sittlicher Vergehen oder kontrarevolutionärer Handlungen angeklagt. Sie bestechen oder bedrohen Frauen, bis sie aussagen, dass sie erotische Verbindungen mit dem Pfarrer gehabt hätten, der dann vor Gericht geschleppt und abgeurteilt wird. Ich war selbst einmal Zeuge. Einmal zeigten sie auch eine Photographie, wo der Pfarrer nackt am Strand mit einer Frau lag. Die „Photographie“ war zusammengefaltet: Auf einer nackten Körper hatte man den Kopf des Pfarrers und der Frau gesetzt. Ein infautes System. Manche sind schon durch einfache Anzeige eines Kommunisten zum Vater eines neugeborenen Kindes erklärt worden. Der Kampf gegen die Kirche wird dort am gemeinsten geführt, wo die Priester am meisten Einfluss haben und am eingeschworenen sind. Leider nehmen europäische Zeitungen die Nachrichten über unsittliche russische Priester oft unkontrolliert aus russischer Quelle.“

Auf der Suche nach Rukiewow.

Paris, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Eine unbekannte Persönlichkeit hat eine weitere Belohnung, und zwar in Höhe von einer halben Million Franken, für denjenigen ausgesetzt, der dazu beiträgt, dass General Rukiewow tot oder lebendig gefunden oder dass die Frage seiner Entführung aufgeklärt wird. Die Belohnungen erreichen damit die Höhe von 1 100 000 Franken.

Moskau protestiert.

Moskau, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Litwinow überreichte dem französischen Gesandten in Moskau eine Note der Sowjetregierung, die gegen die Verhaftung des Sekretärs der Sowjetgesandtschaft in Paris Melcherow und des Mitglieds der sowjetrussischen Handelsmission Bloch und gegen die zahlreichen Revisionen der französischen Polizei bei sowjetrussischen Staatsangehörigen, die in Paris wohnen, protestiert.

In Paris geht das Gerücht, dass der zweite Sekretär der dortigen Sowjetgesandtschaft verhaftet worden ist.

Anzeigen-Annahme für Graudenz:
Arnold Kriedie, Buchhandlung, ul. Mickiewicza 3.

Jeder Deutsche muss Bausteine zu je 5 zł
für den Neubau des deutschen
Gymnasiums in Graudenz erwerben
durch die Werbestellen in allen Städten
und durch das Geästzszimmer des
Deutschen Schulvereins Grudziadz.
Mickiewicza 15. 1387

Graudenz.

Herzliche Einladung
zu den religiösen Vorträgen durch H.

Prediger Niessen (Deutschl.)

Mittwoch, 8 Uhr Jungmännervortrag

zu gleicher Zeit auch für junge Mädchen

Donnerstag, abends 18 Uhr

Vortrag für Eltern. 2231

Stadtmissionsverein Grudziadz. Odrodzenia 9.

Deutsche Bühne Grudziadz e.V.

Am Rosenmontag, dem 3. März 1930,

20 Uhr, in allen Räumen des Gemeindehauses

Maskenball am Rosenmontag:

Mit Zeppelin nach dem Nordpol

Die Idee des Festes:

Eine internationale Reisegesellschaft schließt sich der Nordpolfahrt Zeppelins an. Auf dieser Nordpolfahrt wird eine Insel entdeckt, die umspült ist von heißen Quellen und auf der blühender Sommer herrscht. Auf diese Insel geht Zeppelin mit seiner internationalen Reisegesellschaft nieder. Sie wird von den Inselbewohnern begrüßt, die eine

Mitternachts-Sonnen-Feier
mit Tänzen u. künstlerischen Darbietungen

Bei dieser Mitternachts-Sonnen-Feier
können alle Kostüme und Nationalitäten
vertreten sein.

Pünktlich 20,30 Uhr:

Eskimo-Tanz }
Polar-Nacht, Eisballett } 10 Paaren
Im Fasching-Rausch }

Tänze der Solo-Tänzer vom Danziger
Stadttheater Cilli Janda:

Davy Gaby, Gir-Tanz

Strauss'cher Walzer, Spitzentanz,

2 Danziger und die odamerikanische Kapelle.

Gaststätten: Eskimo-Hütte, Restau-

rant zur Mitternachts-Sonne, Zur

wackelnden Eis-Scholle, Zum durstigen

Seehund, Zur Bishöhle, Zum Eiskaffee.

Fahrkarten zur Zeppelin-Fahrt nur

gegen Abgabe der Einladung. Geschen-

um Einladungen sind an den Vorsitzenden

Arnold Kriedie, Grudziadz,

Mickiewicza 3 zu richten.

Der Vorstand u. Festausschuss

Arnold Kriedie. 2151

Haus- u. Grundbesitzerverein

Graudenz.

Hauptversammlung

Montag, den 17. d. Mts., nachmittags 5 Uhr,

im Goldenen Löwen. 2072

1. Jahresbericht.

2. Ratsbericht.

3. Steueranregeleit.

4. Aufnahme neuer Mitglieder.

5. Berichtliches

Zu zahlreichem Besuch laden ein

Der Vorstand: Toege, Vorsitzender.

Deutsche Bühne Grudziadz e.V.

Sonntag, den 16. Februar 1930

nachmittags 3 Uhr im Gemeindehaus

Fremden- und Volks-Beschaffung

Zum letzten Male:

Moral

Romödie in 3 Akten von Ludwig Thoma.

Eintrittskarten im Geästszimmer

Mickiewicza 15. Telefon 35. 2055

Schwek.

Anzeigen jeder Art

wie Geschäfts- und Familienanzeigen,

Käufe, Verkäufe und Stellengesuche,

gehören in die

Deutsche Rundschau

Anzeigen nimmt zu Originalpreisen

für Swiecie n/W. und Umgegend

entgegen die Vertriebsstelle der

„Deutschen Rundschau“

Annonsen-Edition E. Gaspari

Swiecie n/W. Kopernika 2. 128

Frühbeetfenster
Gewächshäuser, sowie Gartengläser,
Glaserlitt u. Glasdiamenten liefern
A. Heyer, Grudziadz,
Frühbeetfensterafabrik. Breitlisten gratis.

Suche ein ehrliches
bescheidenes
Mädchen
aus besserem Hause, m.
Wachsen u. Kochen, für
einen kleinen Hausstand.
E. Weglewskia, 2221
Kościuszki 19.

3 oder 4 Zimmer
in Graudenz vom Wirt
von soj. od. ipat. geliebt
Offerten an Herrn

D. Holte,
Chelmza erbeten. 2232

Handlungsgebiele sucht
vom 1. März 1930 ab
Leeres Zimmer
2222 in Graudenz.
Off. a. Herrn D. Holte,
Chelmza erbeten.

Bromberg, Sonntag den 16. Februar 1930.

Arbeitsplätze für alle!

Deutsche Gewerkschaften gegen falschen Nationalismus.
(Von unserem ständigen oberschlesischen Mitarbeiter.)

Tag für Tag kommen im Beuthener Winkel Tausende Arbeiter über die Grenze, die in den Gruben und Hütten Deutsch-Oberschlesiens beschäftigt sind. Niemand hat diese Arbeiter jemals gefragt, ob sie sich zum deutschen oder zum polnischen Volkstum bekennen. Nach dem Genfer Abkommen soll es den oberschlesischen Arbeitern unbenommen sein, im ehemaligen oberschlesischen Abstimmungsgebiet Arbeit anzunehmen, wo immer sie wollen. Insgesamt kommen so täglich an 10 000 Arbeiter aus der Wojewodschaft Schlesien nach der Provinz Oberschlesien, während nur sehr wenige Arbeiter aus der Provinz jenseits der neuen Grenze Arbeit finden. An dieser Grenzwanderung hat in der Provinz Oberschlesien kaum jemals irgendwer Anstoß genommen. Hier blieb ja eines der ursprünglichsten Menschenrechte aufrecht erhalten: daß Recht auf Arbeit und wenigstens insoweit brachte die neue Grenze nicht neues Unheil. Plötzlich hatte der milde Winter aber einen starken Rückgang der Kohlenförderung zur Folge und infolgedessen die Abfahrt vieler hunderte Grubenarbeiter. Wie gewöhnlich in solchen Fällen wurden die nach der Auffassung der Verwaltungen weniger leistungsfähigen Arbeiter entlassen. Auf politische oder nationale Rücksichten wurde dabei kein Bedacht genommen. So ergab es sich, daß in Deutschland wohnende Arbeiter abgebaut wurden, während Leute aus der Wojewodschaft weiter in Arbeit blieben. Vor einigen Tagen kam es nun an einem der Grenzübergänge bei Beuthen zu einer Schlägerei, die übrigens so geringen Umfang hatte, daß die deutschen Zeitungen davon gar keine Notiz nahmen. Die streitenden Parteien wurden von deutschen Beamten sofort auseinandergebracht, und irgendwelches Unheil wurde ganz gewiß nicht angerichtet. Trotzdem erschien in der polnischen Presse der Wojewodschaft sofort blutdürstige Artikel. Polnische Arbeiter, so hieß es da, seien von deutschen Arbeitern überfallen und arg misshandelt worden. Die deutsche Polizei hab' natürlich "wieder einmal" (siehe Oppeln!) ihre Pflicht nicht erfüllt und dergleichen. Wesentlich ruhiger verhielt sich die polnische Presse in Deutsch-Oberschlesien. Zwar konnte auch sie sich die schöne Überschrift "Die Deutschen schlagen polnische Arbeiter" nicht verkneifen. Von einem Versagen der deutschen Polizei aber schrieb sie kein Wort, sondern teilte vielmehr ganz ordentlich mit, daß die Schlägerei nach Informationen, die das Polnische Generalkonsulat in Beuthen bei dem Polizeipräsidium in Gleiwitz eingezogen habe, vermutlich von solchen Arbeitern ausgeführt worden sei, die über ihre Entlassung von den Gruben verärgert seien. Das Polizeipräsidium sei mit weiteren Untersuchungen in dieser Angelegenheit beschäftigt.

Die Zurückhaltung der polnischen Presse in Deutsch-Oberschlesien kommt nicht von ungefähr. Auch ihr dürfte nämlich bekannt sein, daß die in Deutsch-Oberschlesien wohnenden Arbeiter, die jene Prügelei bewerkstelligten, sich zu ihrer polnischen Nationalität rechnen. Zu welcher der beiden Nationalitäten sich die geschlagenen Arbeiter zählen, ist unbekannt. Eine solche Feststellung ist übrigens nicht so ganz einfach, weil es sich hier ja nicht um eine Massenfrage handelt, sondern um eine politisch-kulturelle Frage. Denn man kann die Oberschlesiener der beiden Nationalitäten nicht wie Weiße und Neger von einander unterscheiden. Entscheidend ist vielmehr allein der Willen, das Bekennnis zu diesem oder jenem Kulturreise. Noch verworrender erscheinen die Dinge durch die Einstellung der Arbeitersführer zu dem infolge der steigenden Arbeitslosigkeit aufgeworfenen Problem, ob nun in der Provinz Oberschlesien zunächst die über die Grenze kommenden Arbeiter abzubauen seien. Auf den ersten Blick erscheint die Stellungnahme der deutschen Gewerkschaften nämlich höchst widersprüchsvoll. Die deutschen Gewerkschaften beider Richtungen lehnen es ab, der wohlältigen Bestimmung des Genfer Abkommens, daß beide Oberschlesiens als Arbeitsmarkt ungeteilt bleiben sollen, entgegenzutreten. Die polnischen Gewerkschaften vertreten den umgekehrten Standpunkt. Ein polnischer Stadtverordneter in Hindenburg forderte kategorisch, daß mit Rücksicht auf die außerordentlich schwierige Lage dieser großen Arbeiterstadt zuerst die aus Polen kommenden Arbeiter bis auf den letzten Mann abgebaut werden müßten, und der Beuthener "Katholik" veröffentlichte zur Begründung dieser Forderung eine ganze Aufzähre. Es ist klar, daß die deutschen Gewerkschaften sich mit ihrer Stellungnahme einer starken Belastungsprobe unterwerfen, während die polnischen Verbände sich von ihrer Taktik für den Mittelalterfang einiges versprechen zu dürfen glauben. Um die Vermorrenheit voll zu machen, behaupten die polnischen Verbände, durch ihr Verhalten den nationalen polnischen Standpunkt zu vertreten; denn die von drüben kommenden Arbeiter seien "Volkshändler", sie befämen in der deutsch-obereschlesischen Industrie "Druckposten" (man bedenke: 10 000 Druckposten) und die einheimischen polnischen Arbeiter würden bedenkenlos auf die Strafe gesetzt. Das ist natürlich blauer Dunst. Worum es geht ist vielmehr die grundfäßliche Frage, ob der für alle Arbeiter offene Arbeitsmarkt nach polnischem Muster politischen Maßnahmen unterworfen werden soll oder nicht. Diese Frage zu entscheiden war bei über 100 000 Arbeitslosen (unter einer Million Einwohnern!) in der Provinz Oberschlesien gewiß nicht leicht, und wenn sich die deutschen Gewerkschaften beider Richtungen darin einig sind, eine solche politische Forderung trotz der großen Not nicht aufzustellen, so beweisen sie damit gewiß, daß sie für den Frieden und für die Aufrechterhaltung eines Grundlagen jedes Opfer zu bringen bereit sind.

Es gibt in der Provinz Oberschlesien keinen Kampf zwischen Deutschen mehr, am wenigsten auf dem Felde der Arbeit. Die sozialen Bedingungen für die Arbeiter von hüben und drüben sind gleich. Da die Arbeiter aus Polnisch-Oberschlesien also nicht als Vohndrücker kommen, ist es sittlich nicht möglich, ihnen das Recht auf Arbeit

Sie brauchen 2 Elida Cremes

um Ihre Haut frisch und jung zu erhalten.

Für den Tag Elida Jede Stunde Creme. Schützt vor Wind und Wetter. Verschwindet vollkommen und gibt jedem Teint eine wunderbare, seidige Weichheit und Frische. Elida Coldcream heilt aufgesprungene Haut über Nacht, reinigt ideal.



zu verweigern. Eine Anzahl dieser Arbeiter, besonders Optanten, beabsichtigen ganz nach Deutsch-Oberschlesien überzusiedeln. In der Erwägung, daß diesen deutschen Menschen ein Wohnrecht in Deutsch-Oberschlesien nicht verweigert werden kann, haben sich die Gewerkschaften damit einverstanden erklärt, daß den Optanten in den neuen Siedlungen, die gemeinsam von Stadt und Kreis Beuthen und den großen Industriegesellschaften erbaut werden, Raum geschaffen wird, und zwar sollen ihnen ungefähr 10 v. H. der neu hergestellten Wohnungen zugewiesen werden. Die Kommunisten stehen dieser Ansiedlung ebenso wie die Polen feindlich gegenüber. Die richtige Einstellung zu den hier behandelten Fragen wird man kaum gewinnen können, wenn man sie unter dem Blickpunkt der gegenwärtigen Wirtschaftskrise betrachtet. Hier handelt es sich vielmehr um eine grundsätzliche Stellungnahme und um eine (wenn man dies Wort schon gebrauchen soll) Politik auf weite Sicht. Der größte Reichtum eines Industriebezirks ist ein Stamm von Dualitätsarbeitern, der mit jeder Entwicklung Schritt zu halten vermag. Mag man in Polnisch-Oberschlesien ruhig dabei bleiben, die eingeborenen Arbeiter (wie eben jetzt wieder bei den Chorzower Stoffstoffwerken), gleichviel ob es Polen oder Deutsche sind, zuerst abzubauen, dafür Galizier einzustellen und die Oberschlesiener nach Frankreich und Belgien abwandern zu lassen. Deutsch-Oberschlesien wird mit besseren Gründen dabei bleiben, nicht etwa Arbeiter aus Deutschland heranzuziehen, sondern allen Oberschlesiern, ohne Unterschied des Wohnsitzes und der Nationalität, gleiches Recht auf die Arbeitsplätze zu lassen.

Weltausgaben für Rüstungszwecke:
rund 39 Milliarden Zloty jährlich.

Der britische Schatzkanzler Snowden sprach am Sonntag abend im Rundfunk über die Rüstungslasten. Seine Rede wurde durch die Marconi-Station nach den Vereinigten Staaten und Kanada übertragen.

Der Minister betonte einleitend, daß Ziel der Londoner Flottenkonferenz sei es, ein Marineabkommen zu erreichen, welche nicht nur das Sicherheitsgefühl der Nationen stärken, sondern auch die Herabsetzung der drückenden Rüstungslasten herbeiführen soll. Der Umfang dieser Lasten sei den Steuerzahldern nicht genügend bekannt. Im vergangenen Jahre seien für die Waffenstückerungen ungefähr 900 Millionen Pfund (d. i. 38 Milliarden 880 Millionen Zloty) ausgeben worden, wovon auf Europa 60 Prozent, auf die Vereinigten Staaten 20 Prozent und 20 Prozent auf die übrigen Weltteile entfallen. Diese Rüstungsausgaben seien jedoch nur ein kleiner Teil der Lasten, welche den Nationen als Folge der Rüstungspolitik auferlegt werden. Die Rüstungspolitik habe stets den Kriegsgeist wachgehalten und zu kriegerischen Verwicklungen geführt. Ein Krieg habe aber noch nie zur Lösung

der großen Weltprobleme geführt, er war immer nur ein Spiel, bei dem beide Teile Verlustträger waren.

Über den Weltkrieg führte Snowden aus, daß er Großbritannien und auch den übrigen beteiligten Staaten große Schulden gebracht habe. Die britische Kriegsschuld betrage annähernd sieben Milliarden Pfund. "Wir müssen", so sagte der Minister, "von unseren Steuern jährlich 350 Millionen Pfund allein für den Zinsendienst der Kriegsschuld abführen. Bei dem heutigen Zahlungsmodus würden wir 140 Jahre zur Liquidierung der Kriegsschuld benötigen. Die britischen Steuerzahler müssen für den Kriegsschuldendienst täglich eine Million Pfund aufbringen, d. h. pro Stunde 40 000 und pro Minute 600 Pfund. Es müßten Jahr für Jahr zwei Millionen Arbeiter Waren produzieren, um für unseren Schuldendienst aufzukommen.

Zuzüglich der 115 Millionen Pfund jährlicher Rüstungsausgaben und der 56 Millionen Pfund für Invalidenrenten haben die britischen Steuerzahler jährlich für 520 Millionen Pfund aufzukommen, welche der Krieg verschuldet hat. Drei Viertel der britischen Steuern wurden für den vergangenen Krieg und für die Vorbereitung nener Kriege ausgegeben.

Auf der britischen Nation lastet der größte Steuerdruck der Welt. (?? D. R.) Die durchschnittliche Steuerbelastung pro Familie beträgt 100 Pfund. Es ist nur ein Zeichen der finanziellen und industriellen Lebenskraft Großbritanniens, daß das Land heute eine größere Zahl von Arbeitern beschäftigt als vor dem Kriege.

Es lädt sich schwer ausmalen, welcher Wohlstand und Zufriedenheit der Welt wohl gegeben werden könnten, wenn die großen Mittel, welche bisher in solchem Umfang für barbarische und inhumane Zwecke verwendet wurden, der Hebung des Wohlstandes und der Kultur zu geführt würden.

Pause in der Londoner Seeabrüstungskonferenz.

London, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Da der französische Ministerpräsident Tardieu heute auf einige Tage nach Paris reist, wird die nächste Sitzung der Seeabrüstungskonferenz erst in der nächsten Woche stattfinden. Die englisch-französischen Unterredungen bezüglich der Abbrüstungen dauern weiter. Die französische Abordnung fordert, daß das Jahr 1936 als derjenige Termin bezeichnet wird, bis zu welchem der Ausbau der Flotten ruhen soll. Nach diesem Zeitpunkt soll eine zweite Konferenz einberufen werden, um festzustellen, bis zu welchem Grade die internationale Lage die weitere Abrüstung zur See ermöglicht. Außerdem ist die französische Delegation bereit, neue Zuständigkeiten in der Frage der allgemeinen Tourage zu machen, indessen gegen die Gegenleistung von Seiten der übrigen vier Staaten und namentlich Italiens, das weiter eine Parität der französischen und der italienischen Flotte fordert.

Bromberg, Sonntag den 16. Februar 1930.

Was wird werden?

Das faschistische Verfassungs-Projekt des Regierungsbuchs.

Am vergangenen Dienstag, dem 11. d. M., fand eine weitere Sitzung der Verfassungskommission statt, in der die allgemeine Diskussion fortgeführt wurde. Die Diskussion hatte einen interessanten Verlauf.

Als erster sprach

Abg. Stroński

vom Nationalen Klub. Er führte folgendes aus: Der leitende Gedanke der Verbesserungen der Verfassung sollte die Schaffung des Gleichgewichts der Gewalten in unserem Staate sein. Das BB-Projekt verschiebt das Gleichgewicht nach der Richtung der Exekutivewelt, das Projekt der Linken nach der Richtung der gesetzgebenden Gewalt.

Ich werde mich bemühen, nachzuweisen, wie sehr der BB-Antrag gegen die gesetzgebende Gewalt gerichtet ist.

Stellen wir uns vor, daß die gemäß diesem Antrage verbesserte Verfassung ins Leben getreten ist.

Was geschieht?

Es finden Wahlen auf Grund einer Wahlordnung statt, die im allgemeinen der jetzigen gleicht. Es ändert sich nur die Färbung der Wahlen; denn im Wahlskala erscheint die Militäruniform. Wenn der Zusatzantrag über das 24. Lebensjahr durchkommt, wird es mehrere Uniformen geben. In jedem Falle wird, wenn die Uniform aktiver Militärveteranen erscheint, auch die Uniform der militärischen Ausbildung, z. B. des „Strzelic“ zu sehen sein. Wie lange werden sie dort sein? Wir haben viele Dinge nicht gewußt, z. B. wüssten wir nicht, wie lange man sich in der Vorhalle des Sejm zu Wahlzwecken aufzuhalten darf. Sicher ist es, daß diese Färbung der Militäruniformen im Wahlskala in außerordentlicher Weise das Aussehen der Wahlen beeinflussen wird, zumal, wenn man erwägt, daß nach Ansicht des Kriegsministers eine spezielle Uniform mehrere existiert und es niemals im vorans bekannt ist, weshalb der Soldat oder Offizier sich bekleidet fühlen wird. Er kann sich z. B. beleidigt fühlen, weil es jemand wagt, für einen Kandidaten zu stimmen, der gegen den Kriegsminister ist.

Nun sind aber Sejm und Senat bereits gewählt. Im Senat befinden sich als Ergänzung der gewählten Senatoren

50 ernannte Anhänger der Regierung

vor. Jetzt sind Sejm und Senat zusammengekommen und treten an die Wahl des Präsidenten heran. Aber die Verfassung wird nicht dazu geändert, damit dann alles auseinandersieht; es kommt also der Moment, da man sich zu orientieren hat, ob eine erwünschte Mehrheit für die Bestimmung eines entsprechenden Kandidaten besteht. Wenn es eine solche Mehrheit nicht gibt, erreicht das „Staatswohl“ ins Spiel ein. Dann kann der Staatspräsident von der Möglichkeit Gebrauch machen, alle Abgeordnetenwahlen, gegen die Protest erhoben wurde, ungültig zu machen, und solch eine Protesteinlegung ist nicht schwer: ein einziger Wähler kann Protest erheben, wenn bei der Wahl irgend eine „Hinterlist“ angewendet wurde. Eine solche Befestigung von Abgeordneten wird nicht einmal immer einen boshaften Charakter haben. Im Sejm müssen die Abgeordneten sofort mit einer

Erschwerung der gesetzgeberischen Initiative

d. h. der Abgeordnetenanträge rechnen, da ein solcher Antrag, der früher nur 15 Unterschriften zu haben brauchte, jetzt, dem BB-Projekt folgend, 74 Unterschriften haben muss. Und ein derart mühsam unterstützter Antrag kann nicht früher in Erwägung gezogen werden, als 2 Wochen nach der Inkognitisschaltung der Regierung. Auf diese Weise kommen die

Dringlichkeitsanträge völlig in Vergessenheit.

Wenn dann der Antrag diesen Weg bereits durchgemacht hat, und im Sejm über ihn abgestimmt werden soll, existiert der Art. 31, kraft dessen für jedes Beschlusstreffung die Unmehrheit der Hälfte des Sejm erforderlich ist. Es genügt ein einfacher „Auszug“ einer Partei, um einen Beschluss nicht zu stande zu bringen. Der BB-Klub selbst könnte auf diese Weise jedes Gesetz verhindern.

Wenn der Antrag der Regierung allausgebracht wird, kann die Session geschlossen werden; dann fallen alle Anträge hinunter und der Tanz beginnt von neuem. Und wenn der Antrag sogar glücklich durchgedrungen ist, so geht er in den Senat, der mit Hilfe seiner 50 ernannten Mitglieder eine Regierungsmehrheit hat; denn es genügen nur noch etwa 26 gewählte Anhänger der Regierung. Die Regierung hat hier eine festgemauerte Mehrheit, und nichts kann gegen ihren Willen geschehen. Wenn aber der Senat den Antrag des Sejm abgelehnt hat, bedarf es nach Art. 51 des BB-Projekts schon einer Dreifünftel-Mehrheit im Sejm, das mit sich der Sejm-Antrag behaupten kann. Woher aber diese Dreifünftel-Mehrheit bei all den ungültigerklärungen nehmen? Und wenn auch der Sejm seinen Willen durchsetzen würde, verbleibt das Veto des Präsidenten, das die ganze Angelegenheit vorläufig überhaupt abschneiden kann. Der Antrag kann erst in der nächsten gewöhnlichen Session eingebrochen werden, d. h. regelrecht erst nach einem Jahre, und damit der Beschluss ungeachtet des Vetos wieder gefasst werden könnte, bedarf er zur Annahme einer qualifizierten Mehrheit, nicht nur des Sejms, sondern auch des Senats.

Dieser lange Weg für alle Anträge beweist, daß es eine vollkommene Unmöglichkeit ist, daß ein Antrag beschlossen werden könnte, mit dem die Regierung nicht einverstanden wäre.

Was

die Interpellationen

anbelangt, so muß man laut Art. 32 des BB-Projekts 89 Unterschriften für sie haben, was wiederum eine große Schwierigkeit bedeutet.

Wie werden die Sejmberatungen aussehen?

Es kann geschehen, daß während der Beratungen etwas zur Sprache gebracht wird, was der Regierung unangenehm, aber doch lehrreich ist. Da gibt es aber einen Art. 29 des BB-Projekts, der besagt, daß der Marschall auf Antrag der Regierung oder von einem Zehntel der Abgeordnetenzahl mit einfacher Mehrheit die Vertraulichkeit anordnen kann. Durch fortwährendes Anordnen von geheimen Beratungen wird sich der Sejm lächerlich machen. Er wird im Lande keine Bedeutung mehr haben. Aber es bleibt noch

der einzelne Abgeordnete.

Wie sieht er im BB-Projekt aus? Angenommen, daß er nicht gleich nach den Wahlen infolge eines Protests bestätigt wurde, weil seine Einstellung zur Regierung noch nicht genug bekannt war. Solch ein Abgeordneter kann in Konflikt mit dem Art. 26 des BB-Projekts geraten, nämlich, daß er, sei es auf Antrag des Marschalls, sei es auf Antrag eines Viertels der Abgeordnetenzahl, sei es auf Antrag nur des Justizministers, wegen „Verleihung der Würde der Beratungen“ vor den Staatsgerichtshof gestellt werden kann. Und es gibt keine Debatte, die diesem Minister nicht Gelegenheit geben würde, eine solche angebliche „Verleihung der Würde der Beratungen“ festzustellen. Das heißt: der Abgeordnete schwiebt dauernd in der Gefahr, aus dem Sejm hinauszuschießen. Das Neg der Bestimmungen über den Antrag, die Interpellationen, die Beratung und den Abgeordneten ist so dicht, daß keine Fliege gegen den Willen der Regierung durchfliegen kann.

Die Auflösung des Sejm behandelt der Art. 10: der Sejm kann ausgelöst werden, aber eine Bestimmung, wann die Neuwahlen stattfinden sollen, ist nicht vorhanden.

Wie ist es nun aber um die ausführende Gewalt bestellt?

Nach dem BB-Projekt ist der Präsident eigentlich auf allen Gebieten, mit Ausnahme der Verfassungsrevision, Gesetzgeber, nicht nur im Falle der Auflösung des Sejm, sondern auch nach der Schlüsselung der Session, d. h. 7 Monate lang im Jahre. Weiter hat der Präsident die Gerichtsgewalt; denn er kann in jedem besonderen Falle das Verfahren vor der rechtskräftigen Entscheidung niederschlagen. Der Präsident ist zwar vor dem Staatsgerichtshof verantwortlich; aber der Staatsgerichtshof befindet sich infolge seiner Zusammensetzung in den Händen des Präsidenten und der ausführenden Gewalt. Die Ernennung und Abberufung des Präsidenten des Ministerates und des Generalinspektors der bewaffneten Kräfte werden nicht gegenseitig, und sind somit aus der Verantwortlichkeit ausgeschieden. Ebenso verhält es sich mit allen Akten des Präsidenten als des höchsten Vorgesetzten der bewaffneten Kräfte. Der Generalinspektor der bewaffneten Kräfte ist im Bereich der Vorbereitung nicht nur der bewaffneten Macht, sondern auch des Staates zur Verteidigung für den Kriegsfall der ständige Stellvertreter des Kriegsministers, ist also Inhaber der Macht auf den wichtigsten Lebensgebieten.

Aus alledem ergeben sich folgende Schlüsse: die gesetzgebende Gewalt hat eine derart eingeschränkte Bedeutung, daß sie sich nicht richten wird. Die gesetzgebende Initiative ist keineswegs unbedingt gemacht. Das erklärt, weshalb das BB-Projekt dem Senat keine gesetzgebende Initiative gibt: wozu soll man auch etwas geben, was überhaupt nicht existiert? Die Kontrolle über die Regierung wird für die gesetzgebende Gewalt nahezu unmöglich.

Eigentlich sind Sejm und Senat nur dazu da, damit sie als Nationalversammlung zusammentreten und den zweiten Präsidentschaftskandidaten nominieren, der nicht gewählt werden wird.

In Ausführung solcher Bestimmungen sollte die Überschrift des BB-Projekts lauten: „Eine erfolgversprechende Anweisung, wie die Gewalt für immer in den Händen zu behalten ist.“ (Heiterkeit.) Man könnte noch den Untertitel:

„Perpetuum mobile“

anbringen. Aber es ist bekannt, daß solch ein Perpetuum mobile überhaupt unmöglich ist. Angenommen, daß einmal nicht jener erste, sondern jener zweite Kandidat, sagen wir: Daszynski zum Präsidenten gewählt wird. Dann wird das Perpetuum mobile in entgegengesetzter Richtung zu wirken beginnen.“

Abg. Stroński kritisierte auch

das Projekt der Linken,

dessen Bestimmungen — seiner Ansicht nach — die Staatsverfassung zugunsten der sogenannten „Sejmokratie“ umgestalten. Indessen räumte er ein, daß man gerechterweise sagen müsse, daß „das Projekt der Linken ein folgerichtiger Antrag sei. Die Parteien der Linken wären in den Sejm unter der Parole hineingekommen, daß keine Notwendigkeit bestünde, die Verfassung zu ändern und wollen, in Erwiderung auf den BB-Antrag zeigen, daß man so, aber auch anders ändern könne.“ „Aber manche Ereignisse“, sagte der Redner hinzu, können uns trüsten. Die Abgeordneten von der Linken stimmten für den Kredit von 90 000 złoty für das Inventar des Senats, und Senator Pönnier (von der PPS) schaute nicht wie ein Mann aus, der gern sterben möchte.“

Bei Beifücht, Gicht und Rautenhorst verbessert das natürliche „Franz-Josef-Witterwasser die Magen- und Darmtätigkeit und fördert nachhaltig die Verdauung. Vorher auf dem Gebiete der Stoffwechselheilkunde versichern, mit dem Franz-Josef-Wasser glänzende Ergebnisse erzielt zu haben. In Apotheken und Drogerien erhältlich.

Als Redner des BB-Klubs polemisierte der Abg. Loewenthal,

vom rein dialektischen Standpunkte aus betrachtet, nicht ungeschickt gegen die Argumente Stroñskis. Seine Ausführungen verdanken ihre Klarheit dem Umstande, daß er sich auf den faschistischen Ideengang stützte. Nach Loewenthal bestehet tatsächlich bereits eine neue Verfassung und neben ihr existiere noch formell eine Verfassung, die mit der tatsächlichen Wirklichkeit unvereinbar sei. Dieser Widerstreit sei zu beseitigen und das geschriebene Recht mit der Wirklichkeit in Einklang zu bringen. Dem demokratischen Gedanken sei im Projekt dadurch Genüge getan, daß die ganze Nation unmittelbar den Präsidenten wählt („ohne unberufene Vermittler“), während das Oppositionsprojekt, indem es die direkte Wahl des Präsidenten durch die Nation beschränkt, un demokratisch sei und das Volk unter die Parteikuratel stelle.

„Der Sejm — so führte der Redner weiter aus — ist in 21 Partei-Klubs zerpalten, die sich nur in der Vereinigung vereinten können, aber keine gemeinsame Linie des Handelns schaffen und wahren können. Die Aufgaben der Regierung sind riesenhafte. Sie erfordern eine solche Arbeit und Leistung, wie sie der Sejm lange Zeit hindurch beim besten Willen nicht wird ergeben können. Das Blockprojekt erstrebt die Stabilisierung und Einheitlichkeit der Regierung, ihre Befreiung von Unsicherheit, von fremden Einflüssen und vom Teilschen.“ Der Redner berief sich auf die Meinung des von ihm als „gottselig“ bezeichneten Reichsministers Stresemann, „der vor einem Jahre eine niederschmetternde Rede gegen die Sejmokratie und die Demagogie der Parteien in Deutschland gehalten hat“. „Er (Stresemann) sah, daß das parlamentarische System in Deutschland in eine Karikatur ausgeartet wäre und stellte fest, daß manche Strömungen in der deutschen Nation eine Stärkung der Macht des Präsidenten fordern.“ Die Verfassungsumgestaltungen im Geiste der Konzentration der Gesellschaft und Schaffung einer starken Exekutivewelt sind der Ausfluß tiefer Änderungen der Verhältnisse, die während und nach dem Kriege eingetreten sind. Nach der Änderung der Vorkriegsverhältnisse begann die Menschheit über eine neue Gestaltung der internationalen Verhältnisse nachzudenken. Im Namen des Staates muß eine starke und dauernde Regierung handeln. Die Staaten sind genötigt, neue Formen der Organisation und Zusammenarbeit zu schaffen, in denen der Staat als Ganzheit auftritt. Unter diese Verhältnisse tauchen in den einzelnen Staaten starke Individualitäten auf, und es entsteht ein elementares Empfinden der Notwendigkeit starker Regierungen. In bedeutend höherem Grade sind diese Reformen einem Staat wie Polen nötig, daß er sich um seine Stellung kämpfen muß.

Abg. Bronia

verteidigte als Vertreter der Bauernpartei das Projekt der Linken und betonte u. a. die Notwendigkeit der Autonomie für die nationalen Minderheiten. Diese Frage müsse man wohlwollend erledigen, wenn man die internationale Bevölkerung gewinnen will.

Bulekt sprachen noch Abg. Dr. Prochnik (PPS) und Abg. Szczepiński (WPS). Der Erstgenannte wies u. a. darauf hin, daß auch eine nichtparlamentarische Regierung instabil, veränderlich sein kann und berief sich auf Cavour, der gesichert habe, er ziehe das Regime der schlimmsten faschistischen Kammern dem Regime der Vorfimmer vor. (Zum Französischen kommt dieser Gegensatz besser in der Entgegenstellung von „chambre“ und „antichambre“ zur Geltung.) Der Redner warf auch den Herren vom Nationalen Klub Inkonsistenz vor, die darin besteht, daß sie wohl die Jugend für reif halten, sie zu politischen Zwecken auf die Straße zu schicken und Wahlagitator treiben zu lassen, daß sie aber derselben Jugend, vor dem 24. Lebensjahr, das Wahlrecht absprechen wollen.

Wann fällt das Preßedelret?

Wie aus Warschau gemeldet wird, verschwindet das vom Senat in der Fassung des Sejm angenommene Gesetz über die Sicherung der Wahlen gegen Missbräuche von Beamten und das Gesetz über den „Dienstnik Ustawi“ nicht aus den Gesprächen der Wandlängen. U. a. fragt man, wann die Publikation dieser Gesetze durch den Präsidenten erfolgt. Die Sanierungspresso lenkt die Aufmerksamkeit auf den Art. 44 der Verfassung, der wie folgt lautet:

„Der Präsident der Republik unterzeichnet die Gesetze zugleich mit den entsprechenden Ministern und verfügt ihre Veröffentlichung im „Dienstnik Ustawi“.

Aber diese Bestimmung enthält nicht den genauen Termin, wann diese Veröffentlichung erfolgen soll.

Beschlagnahme wegen Veröffentlichung einer Senatsrede.

Das nationaldemokratische „Slowo Pomorskie“ in Thorn wurde am Mittwoch auf Anordnung des dortigen Prokurators Thodecki beschlagnahm. Die Beschlagnahme ist erfolgt wegen eines Berichts über die Rede des Senators Dr. Ossowski in der Budgetkommission des Senats, die am 11. des Monats gehalten wurde. Wegen dieser Beschlagnahme hat eine Gruppe von Senatoren sofort, nämlich noch an dem Tage der Beschlagnahme des Blattes, eine Interpellation an den Justizminister gerichtet, worin die Bestrafung des erwähnten Prokurators beim Bezirksgericht in Thorn wegen Verleihung der Artikel 31 und 37 der Verfassung gefordert wird.

Nach Weglassung des fraglichen Berichts konnte das genannte Blatt am gleichen Tage noch erscheinen.

Unter Freunden.

Wie man polnische Schüler in Frankreich behandelt.

Der Warschauer „Gazeta Polska“ wird aus Paris berichtet:

Im Dezember vorigen Jahres erreichte unter den polnischen Auswanderern in Frankreich die Aufsehen erregende Angelegenheit der Misshandlung von zwei polnischen Schülern durch einen französischen Schuldirektor in Lens ihr Ende. Dem Falle lag folgendes zu Grunde:

Am 10. Juni v. J. wurden in der Schule, die zu dem Bergwerk in Lens gehörte, zwei Schüler dieser Schule, Felix Sobczak, 12 Jahre alt, und Stanislaw Jedrzejewski, 10 Jahre alt, in das Amtszimmer des Direktors berufen. Direktor Bucquet fragte die Knaben, warum sie den Tag vorher, nämlich am Sonntag, nicht zur Turnstunde gekommen wären, die ihre Abteilung in Diabates veranstaltete, wo eine Versammlung der französischen Gymnasiasten aus dem Bezirk Pas de Calais stattfand. Die Knaben entschuldigten sich damit, daß ihre Eltern ihnen aufgetragen hätten, den Gott es dienen am Orte (in Lens) zu besuchen, wo ein polnischer Geistlicher die Messe las. Diese Antwort der Knaben brachte Herrn Bucquet in solche Wut, daß er sich mit brutalen Worten an sie wandte und bemerkte, sie wären verpflichtet gewesen, an der französischen Feier teilzunehmen und nicht in die Kirche zu gehen. Von den Porten ging der Direktor bald zu Taten über und versetzte dem ihm am nächsten stehenden Knaben Sobczak eine kräftige Ohrfeige, schlug ihm dann mit der Faust ins Gesicht, und als schließlich der Knabe sich zur Flucht wandte, verlor er ihm einen Auftritt in den verschlängerten Rücken. Die Wut des Direktors wandte sich dann gegen den zweiten Schüler Jedrzejewski, dem er ein paar Faustschläge ins Gesicht versetzte, die so kräftig waren, daß das ganze Gesicht blutüberströmmt war. Dann gab er ihm einen so kräftigen Auftritt, daß er zu Boden fiel; dann versetzte ihm der Direktor noch Auftritte gegen den ganzen Körper. Die Verletzungen der Knaben wurden vom Gerichtsarzt festgestellt. Die beiden verprügelten Knaben erregten auf dem Heimwege infolge ihres Ausschreitens Aufsehen; zwei Beulen dieses Auftritts wurden bei Gericht vernommen. Die Eltern der Knaben reichten bei der Staatsanwaltschaft des Bezirksgerichts in Béthune die Klage gegen den Direktor ein, die aber erst im Dezember vorigen Jahres zur Verhandlung kam. Beide Knaben machten ihre Aussagen in französischer Sprache, deren sie sich ganz korrekt bedienten.

Großes Aufsehen erregte bei den Mitgliedern des Gerichts die Darstellung der Sache durch die Knaben und die Schlägerin, in wie brutaler Weise mit ihnen der Schuldirektor verfuhr. Bemerkenswert waren die Ausführungen des öffentlichen Anklägers Giffard, der das Verhalten des Angeklagten scharf brandmarkte als eine Tat, die eines französischen Lehrers unwürdig sei. Mehrfach erklärte er in seiner Rede, daß ein solches Erziehungssystem vielleicht auf der anderen Seite des Rheins geübt werden könnte, durch deutsche Lehrer ohne irgendeinen Anwurf gegen Deutschland und deutsche Verhältnisse scheint es also auch in einer französischen Gerichtsverhandlung nicht abzugehen. Selbst dann nicht, wenn es augenscheinlich erwiesen ist, daß nicht der Deutsche der Rüpel ist, sondern der Franzose. D. R., so beweist sich ein Verhalten wie das, daß den Angeklagten hier auf die Anklagebank geführt hat, auf der Linie, die der Ansicht der überwiegenden Mehrzahl des französischen Volkes gegenüber den nach Frankreich gekommenen und dort arbeitenden Polen nicht entspricht.

Nicht minder charakteristisch, obgleich aus anderen Gründen, war die Bedeutung der Verhältnisse der Franzosen zu den Polen in Frankreich in der Rede des Verteidigers, des Abololaten Krempe. Der Verteidiger bemühte sich, die Beweisgründe für das Verhalten des Angeklagten zu ermitteln und fand sie in der Gegnerschaft, die zwischen ihm (dem Angeklagten) und dem polnischen Geistlichen bestanden haben soll. Und hier äußerte der Verteidiger

seine Ansicht über die Einwanderungspolitik; er meinte: Die hier eingewanderten Polen haben immer die Tendenz, geschlossene nationale Sondergruppen zu bilden und sich von dem sie umgebenden französischen Volke abzuwandern. In diesen Gruppen bewegen sich Emissäre der polnischen Botschaft resp. der Consulate in Paris und unterstreichen die Leute auf, ihre polnische Unabhängigkeit zu wahren. Ich kann sagen, daß, soweit die Grube in Lens in Frage kommt, diese das niemals gestattet. Mein Klient ist das Opfer einer Machination. Der Grund für diese ganze Sache reicht über seinen Kopf hinaus: er betrifft den Kampf zweier Elemente (hier macht der Advokat, wie der Berichterstatter des Warschauer Blattes betont, eine große Gestalt). Das Schauspiel einer in Frankreich sich bildenden polnischen Irredenta, das durch den Redner hervorgerufen wurde, mache auf die Zuhörer keinen starken Eindruck, indessen sprach der Anblick der verprügelter Knaben ausreichend für sich.

Das Gericht sprach den Angeklagten von der Anklage, Kinder unter 15 Jahren geschlagen zu haben, frei und verurteilte ihn nur wegen Überschreitung gewisser Vorschriften zu einer Geldstrafe von 16 Franken. Außerdem muß er die Gerichtskosten bezahlen.

Das Blatt schließt seinen Bericht mit folgender Bemerkung: Wenn wir diesen Bericht veröffentlichten, so wollen wir die Aufmerksamkeit hinlenken auf die Schwierigkeiten des Lebens unserer Auswanderer, die sich überall einstellen, wo die Aufrechterhaltung der nationalen Kultur in Frage kommt.

Die Amnestievorlage für Elsaß-Lothringen.

Berlin, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Zu der Meldung über eine Amnestievorlage für Elsaß-Lothringen wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß es sich um den nach dem Freispruch des Elsässer Autonomisten Dr. Roos von Poincaré als dringlich bezeichneten Gesetzentwurf handelt, dessen Erledigung durch innerpolitische Manöver bisher unmöglich war. Das Gesetz soll nicht nur die Amnestie für die vier im Mai 1928 in Colmar zu lebenslänglichem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilten autonomistischen Führer bringen, sondern auch die Rehabilitierung der Unterzeichner des Heimatbund-Manifestes von Pfingsten 1926. Unklar ist jedoch, ob auch die in Colmar im Abwesenheitsverfahren zu hohen Buchhausstrafen verurteilten Elsässer im Auslande, insbesondere in Deutschland, amnestiert werden sollen. Von elsassischer autonomistischer Seite wird man jedenfalls auf dieser Forderung bestehen und eine andere Lösung ablehnen müssen.

Poincaré über Frankreichs glänzende Finanzlage.

Paris, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Poincarés veröffentlicht im „Excelsior“ wieder einen Artikel, der diesmal der französischen Finanzfrage gewidmet ist. Wenn die französische Finanzlage dank der Stabilisierungsmassnahmen heute als vorzüglich anzusehen sei, so müsse man sich doch in der Kammer darüber klar werden, daß die geforderten Massnahmen einer Steuererleichterung sich nicht von heute auf morgen durchführen lassen, ohne das Gleichgewicht des Haushalts ernstlich zu gefährden. Die Steuern seien bereits um drei Milliarden erhöht worden und man könne sehr wohl von Jahr zu Jahr in dieser Richtung fortfahren. Die Ansprache in der Kammer mache jedoch den Eindruck, als ob man dashorn essen wolle, bevor es weich sei und Théron habe recht, wenn er sich mit aller Energie dagegen verwahre. Man dürfe sich aber nicht durch den Reichtum der Staatskasse täuschen lassen, denn ohne dieses Mistkost könnte Frankreich niemals einen Haushalt von 50 Milliarden durchbringen. Die Finanzlücke sei ohne Zweifel angezeichnet und werde sich bei der Anwendung des Young-Planes noch verbessern, vorausgesetzt, daß Deutschland den übernommenen Verpflichtungen nachkomme. Die deutschen Zahlungen genügten, um die französischen Schulden an England und Amerika zu decken und 2½ Milliarden Franken jährlich für seine eigenen Bedürfnisse zu verwenden. Wenn daher die Finanzlage in vernünftigen Bahnen

eine erfreuliche Nachricht. Alle Interessenten werden es freudig begrüßen, daß Maag's Fleischbrühwürfel bei unveränderter vorzüglicher Qualität nur noch 12 Cr. das Stück kosten. Da Maag's Fleischbrühwürfel bei ihrer begrenzten Verwendungswelt auch Zeit, Arbeit und Brennstoffmaterial ersparen, werden sie sich sicher immer mehr der Gunst der verehrten Hausfrauen erfreuen dürfen. (1576)

bleibe, so werde Frankreich in einigen Jahren finanziell so dosten wie wenige Staaten, die durch den Krieg gelitten haben.

Putschversuche in Spanien.

London, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Berichterstatter der „Daily News“ meldet, daß in der Nähe von Valencia ein Putschversuch gegen die spanische Regierung unternommen worden sei. Die Bewegung sei republikanisch und müsse als ernst angesehen werden. Die Regierung habe umfangreiche Maßnahmen getroffen und den Eisenbahnverkehr nach Tabern unterbunden. Nähere Einzelheiten fehlen.

Primo de Rivera erklärte in Paris, er beabsichtige, etwa nach einem Monat wieder nach Spanien zurückzukehren, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eine frühere Rückkehr nötig machen sollten.

Eingeborenen-Aufstand auf Samoa.

Im Mandatengebiet der neuseeländischen Regierung, dem ehemals deutschen Ost-Samoa, ist es zu einem neuen schweren Eingeborenen-Aufstand gekommen.

Die neuseeländische Regierung übermittelte soeben dem Generalsekretär des Völkerbundes einen telegraphischen Bericht, nach dem sich die neuseeländische Regierung im Hinblick auf die Haltung der Aufständischen zu einem Einschreiten mit Waffengewalt gezwungen sah. Der Eingeborenenrat, der Manu, habe seine Sitzungen aufgegeben und sei verschwunden. Die Aufständischen hätten dem Eingreifen der Polizei scharfen Widerstand entgegengesetzt, so daß es zu einer schweren Schießerei kam, wobei Militär mit Maschinengewehren eingreifen sollte.

Die neuseeländische Regierung weist darauf hin, daß die Aufständischen eine Entschiebung veröffentlicht haben, in der der Völkerbund aufgefordert wird, das Mandat über Ost-Samoa einer anderen Nation zu übertragen. Die Regierung habe alle Maßnahmen ergriffen, um den Aufstand zu unterdrücken.

Sie werden an ihrem Kolonialraub nicht sich, die neuen Herren über Samoa. Als die viel verleumdeten Deutschen dort noch Herrscher waren, gab es keine Aufstände, wohl aber ein ungeahntes Aufblühen des reichen Insellandes.

Neue Unruhen in Nicaragua.

New York, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) In Nicaragua sind neue Unruhen ausgebrochen. Regierungsmilitär hat in der Nähe von Las Manas ein reguläres Gefecht mit den Aufständischen gehabt. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Tote und Verwundete, auch in anderen Orten haben Aufständische eine verstärkte Aktion aufgenommen.

Die „Uleriale“ Gegen-Revolution der Juden.

Moskau, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer amtlichen Bekanntmachung sollen die Sowjetbehörden eine geheime „Uleriale“ gegenrevolutionäre Organisation der Juden in Minsk entdeckt haben, zu der auch Rabbiner gehören. In den Synagogen soll man bei einer Revision eine große Menge goldener und silberner Münzen und eine Menge aus dem Schlechthandel herrührender Waren entdeckt haben. Es sind ungefähr 60 Juden, darunter 5 Rabbiner, verhaftet worden. Die Sowjetbehörden beschlossen, alle Synagogen in Minsk zu schließen. Den Rabbinern droht die Todesstrafe, und ungefähr 50 Juden sollen verschickt werden.

unseren Lefern bekannten Wolfgang Federau. Unter Posens finden wir neben dem Namen des Generalsuperintendenten Dr. Blau einen zweiten: Hans Freudentheim. Hans Freudentheim? Selbst der älteste Posener schüttelt da den Kopf, schlägt auf und liest: H. F., geb. 5. 11. 1892 in Wien, Direktor der Bank Bachodni, Verfasser von „Der grane Weg“, Gedichte, erschienen 1926. — Der deutsch dichtende Direktor der polnischen Bank! Das hat man weder gewußt noch geahnt. — Den Vorort Posens mit Namen Glowno in diesem ehrwürdigen Almanach eingeführt zu haben, ist das Verdienst Dr. Oskar Dreschers geblieben, dem eine etwas zu schwache Tochter Veronal zwar das Augenlicht, aber nicht den Humor genommen hatte. Heute ruht er schon unter der Erde; aber seine heiteren Gedichte, die der Kürschner verzehrt, rufen die Erinnerungen an den blinden, aber weisen Apotheker von Glowno wach. Von diesem Vorort Posens nach Warschau ist in dem Almanach nur ein Sprung über wenige Buchseiten. In Warschau wohnen Ulrich Rauscher, Deutscher Gesandter, und Bernhard Schärlit, Korrespondent der Wiener „Neuen Freien Presse“. Der letztere hat 1911 Chopins gesammelte Werke herausgegeben, 1916 das Drama „Invasion“ geschrieben, 1918 eine Chopinbiographie und das Drama „Neros Ende“. Außerdem hat er von 1916—1918 die Werke der Gabryela Sawolska bearbeitet. — Der Deutsche Gesandte Rauscher ist als Verfasser dramatischer Werke und Romane angeführt, sowie als Übersetzer französischer Werke.

In dem Kapitel Übersetzer finden wir in der Spalte „Deutsch — Polnisch“ u. a. übrigens auch den Namen unseres derzeitigen Redaktionsmitarbeiters Heinz Heckel und denselben — Waldemar Bonels! Aber in welcher Spalte des Verzeichnisses der Übersetzer findet man Bonels' Namen nicht? Er muß ein Sprachgenie ersten Ranges sein.

Es ist, wie gesagt, und durch die obigen Beispiele bewiesen, interessant, lehrreich und unterhaltsam zugleich, in diesem neuen Kürschner zu blättern.

Kürschner's Deutscher Literatur-Kalender 1930.

Nach zweijähriger Unterbrechung ist jetzt zum 45. Male Kürschner's Deutscher Literatur-Kalender für das Jahr 1930 erschienen (Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin, Ladenpreis 20 RM.). Dieses ausgezeichnete Nachschlagswerk hat sich längst einen leicht greifbaren Platz im Bücherschrank oder auf dem Arbeitsstisch aller literarisch Interessierten gesichert. Es ist ein unentbehrliches Handbuch für jeden geistig Schaffenden.

Der neue Band, der buchtechnisch hervorragend ausgestattet ist, dürfte alte Freundschaften zum Kürschner erneuern, neue knüpfen. Dieser Literaturkalender für 1930, der von Dr. Gerhard Lüdtke herausgegeben ist, ist gegenüber seinen Vorgängern bedeutend umfangreicher geworden. Nicht nur die Zahl der Namen deutscher Dichter und Schriftsteller ist gestiegen (sogar um 900, so daß der Kalender heute 8300 Namen enthält), sondern auch die Zahl der Kapitel. Eingeleitet wird das Werk durch eine kurze Geschichte der Schriftwerkrecht (Urheber- und Verlagsrecht, Presserecht). Es folgen Verzeichnisse deutscher Verleger, deutscher Antiquariate (neu), der Büchervertriebsanstalten, deutsch spielender Bühnen — worunter man mit Freunden die Deutsche Bühne Bromberg und die Deutsche Bühne Graudenz entdeckt — es folgen Verzeichnisse der Zeitungen, Zeitschriften, der Zeitungskorrespondenzen, der literarischen Vereine und Stiftungen und die neuen Kapitel „Deutsche Filmgesellschaften“ und „Deutsche Rundfunkgesellschaften“. Die zweite Abteilung des Werkes wird mit dem Lexikon deutscher Schriftsteller und Schriftstellerinnen eingeleitet, an das sich das ebenfalls neu eingeführte Verzeichnis deutscher Filmautoren schließt. Nach einem Festkalender, einem Verzeichnis der seit dem Erscheinen des letzten Kürschner verstorbenen Schriftsteller schließt der umfassende Band mit den Kapiteln „Deutsche Überseer“ und dem „Ortsverzeichnis“.

Es ist recht interessant, ein wenig herum zu stöbern in dem schöngedruckten Buch, das so bequem in der Linken liegt. Die Rechte blättert und die Augen gleiten über die

vielen Namen. Namen, die augenblicklich hoch gewertet werden an der Literaturbörsé, über solche, die einmal besser im Werte standen, über völlig unbekannte, deren Werke vielleicht einmal stark gefragt sein werden. Man sieht Namen, die Augen bleißen lassen, versetzen in wenigen Minuten, was der Mann geschaffen, welches Alter er hat, was für ein Landsmann er ist. Ein paar Augenblicke und man ist gut informiert.

Und beim Blättern und Lesen grüßen die Augen alte Bekannte. Bromberg ist in diesem Almanach durch Paul Dobbermann vertreten. Dann findet man unseren langjährigen Mitarbeiter Pfarrer Friedrich Just und ist erstaunt, eine lange, lange Reihe von Werken verzeichnet zu finden: Trocken aus Gottes Brunnlein, Gedichte, 1911; Neues Bauernland, 1916; Pflicht und Liebe (Trauerspiel), 1916; Kraut und Rüben, Gedichte, 1917; Die Haustafeln Dr. Martin Luthers, 1919; Kreuzkirche, 1922; Aus dem Nehegan, 1926; Die Kirche des Glaubens, 1926; Das Heilige Land (z. T. in der „Deutschen Rundschau“ erschienen), 1927; Spanienreise (in der „Deutschen Rundschau“ erschienen), 1927; Mein Kränzlein, 1927; Helfende Hände, 1928; Siebenbürgenfahrt (in der „Deutschen Rundschau“ erschienen), 1928 — das ist nur ein Auszug.

Unter Bielik sind zwei Schriftsteller verzeichnet: Oswald Brüll (Essay und Kritik) und Karl Joh. Herm. Besonders der Name Herm. hat in letzter Zeit mehr und mehr von sich reden gemacht. Von seinen Werken sind verzeichnet: Inferno (Drama); Ruth (Schauspiel); Schenke der Isalca (Drama); Märchen, 1925; Brautnacht, Novellen, 1927; Guri, Roman eines Doppelchicks, 1928; Tanzendeschenk, Roman, 1929; Räuberhauptmann Klimczak, Roman, 1929.

Unter Kattowits sind neben Dr. K. Goldstein und Viktor Kauder Theophil Kroczyk (Übersetzung sämtlicher Werke Sienkiewicz'), Rudolf Višek (Drama: Menschen des Untergangs, 1928) und Max Steckel (Wissenschaft, Tier- und Industrie-Photographie) angeführt. Danzig weist eine ganze Reihe Namen auf, darunter den Brauereiwerthers, denjenigen des verdientvollen Herausgebers der „Ostdeutschen Monatshäste“. Carl Lange und den durch viele bei uns veröffentlichte Skizzen und Erzählungen

Alte leistungsfähige Korken-Wabrik sucht
bei Brauereien, Bierfabriken, Bier- und
Drogenhandlungen gut eingeschulten

Bertreter für Platz und Umgegend.

Angebote nebst Referenzen unter Nr. 2252
an die Expedition dieser Zeitung.

Sofort gesucht!

in jedem Orte Polens tüchtige Agenten und Generalvertreter für erstklassiges **Volksversicherungsunternehmen** — mit kleinen Monatsbeiträgen. Es kommen nur Personen (Damen und Herren) in Frage, die wirklich in der Lage sind, viele und gute Geschäfte zu bringen. Hohe Provision wird gezahlt.

Offeranten an **Związek Wzajemnej Pomocy T. zap. w Myslowicach, ul. Powstanców 15.**

2101

Zum 1. Juli wird für hiesige 1500 Morgen große intensive Zuderrübenwirtschaft unverheirateter, des Polnischen mächtiger

1. Beamter

gelucht. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und Gehaltsansprüchen an Dr. Koerner, Mlewiec, p. Rychnowo, Pom.

1714

Bin 19 Jahre alt, evgl., Absolvent einer landw. Winterchule. Gefl. Offert. unter Nr. 2028 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

2118

Suche ver sofort ein häusliches

2124

Reisebeamter gesucht zum 1. April 1930 für den Bericht von Landmaßnahmen. Unbedingt erforderlich Fachkenntnisse u. gewandtes Auftreten. Erwünscht Kenntnis der poln. Sprache.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Eichbild und Gehaltsansprüchen unter Nr. 12 an

Filiale Deutsche Kundschau, H. Schmidt,

Danzig, Holzmarkt 22.

2124

Techn. gebildet. Kaufmann mit umfassenden Kenntnissen

techn. Fabrik-Bedarfsartikel wie Treibriemen, Oele, Badungen, Urmaturen etc. vor eingeführter Großhandlung zum Besuch der einschlägigen Kundschafft in Großpolen gesucht.

Es wird nur auf erste Kraft reflektiert, welche bereits erfolgr. Reisefähigkeit nachweisen kann. Desgleichen branchenfondiger, junger Expedient.

Bedingung: Beherrschung beid. Landessprachen

Angeb. erbet. unt. Nr. 785 an die Gf. d. Zeitg.

2125

Suche zum 1. April ein

2126

Suche zum 1. April ein

2127

Suche zum 1. April ein

2128

Suche zum 1. April ein

2129

Suche zum 1. April ein

2130

Suche zum 1. April ein

2131

Suche zum 1. April ein

2132

Suche zum 1. April ein

2133

Suche zum 1. April ein

2134

Suche zum 1. April ein

2135

Suche zum 1. April ein

2136

Suche zum 1. April ein

2137

Suche zum 1. April ein

2138

Suche zum 1. April ein

2139

Suche zum 1. April ein

2140

Suche zum 1. April ein

2141

Suche zum 1. April ein

2142

Suche zum 1. April ein

2143

Suche zum 1. April ein

2144

Suche zum 1. April ein

2145

Suche zum 1. April ein

2146

Suche zum 1. April ein

2147

Suche zum 1. April ein

2148

Suche zum 1. April ein

2149

Suche zum 1. April ein

2150

Suche zum 1. April ein

2151

Suche zum 1. April ein

2152

Suche zum 1. April ein

2153

Suche zum 1. April ein

2154

Suche zum 1. April ein

2155

Suche zum 1. April ein

2156

Suche zum 1. April ein

2157

Suche zum 1. April ein

2158

Suche zum 1. April ein

2159

Suche zum 1. April ein

2160

Suche zum 1. April ein

2161

Suche zum 1. April ein

2162

Suche zum 1. April ein

2163

Suche zum 1. April ein

2164

Suche zum 1. April ein

2165

Suche zum 1. April ein

2166

Suche zum 1. April ein

2167

Suche zum 1. April ein

2168

Suche zum 1. April ein

2169

Suche zum 1. April ein

2170

Suche zum 1. April ein

2171

Suche zum 1. April ein

2172

Suche zum 1. April ein

2173

Suche zum 1. April ein

2174

Suche zum 1. April ein

2175

Suche zum 1. April ein

2176

Suche zum 1. April ein

2177

Suche zum 1. April ein

2178

Suche zum 1. April ein

2179

Suche zum 1. April ein

2180

Suche zum 1. April ein

2181

Suche zum 1. April ein

2182

Suche zum 1. April ein

2183

Suche zum 1. April ein

2184

Suche zum 1. April ein

2185

Suche zum 1. April ein

2186

Suche zum 1. April ein

2187

Suche zum 1. April ein

2188

Suche zum 1. April ein

2189

Suche zum 1. April ein

2190

Suche zum 1. April ein

2191

Suche zum 1. April ein

2192

Suche zum 1. April ein

2193

Suche zum 1. April ein

2194

Suche zum 1. April ein

2195

Suche zum 1. April ein

2196

Suche zum 1. April ein

2197

Suche zum 1. April ein

2198

Suche zum 1. April ein

2199

Suche zum 1. April ein

2200

Suche zum 1. April ein

2201

Suche zum 1. April ein

2202

Suche zum 1. April ein

2203

Suche zum 1. April ein

2204

Suche zum 1. April ein

2205

Suche zum 1. April ein

Nach langem schweren Leiden
erlöste Gott heute früh 6 Uhr
unsren lieben, guten Vater, Groß-
vater und Bruder

2193

Hermann Berg

im fast vollendeten 72. Lebensjahr.

Dies zeigen tief betrübt an
Die trauernden hinterbliebenen
Rywal, den 12. Februar 1930.

Die Beerdigung findet Montag, den 17. d. Mts., nachm. 1 Uhr, von der evgl. Kirche aus statt.

Hebamme

erteilt Rat und nimmt
Bestellungen entgegen
Danek, Sniadeckich 31,
2 Minuten v. Bahnhof.

878

Bydgoszcz, Tel. 18-01

Dr. v. Behrens

bearbeitet
allerlei Verträge
Testamente, Erbsch.
Auflassungen, Hypotheke
Gerichts- u. Steuer-
angelegenheiten.

Promenada nr. 3.

beim Schlagthaus
Violin, Klavierunter-
richt, grdl., bill., grpr. Org.
Pomorska 49/50, Gth. II.

Im Zusammenhang mit der allgemeinen Stagnation, in der sich die hiesige Industrie befindet, hat die Arbeitslosigkeit in unserer Stadt katastrophale Ausmaße angenommen. Im hiesigen Arbeitsvermittlungsaamt sind 5000 Arbeitslose registriert. Außer dieser Zahl gibt es einige Hundert nicht registrierter Arbeitslose. Nur 2800 von allen diesen erhalten Unterstützungen. Gegen 2000 Arbeitslose, von denen die größere Hälfte verheiratet ist, befindet sich mit ihren Familien in größter Not. Der Magistrat ist bemüht, ihnen nach Möglichkeit Hilfe zu bringen. Die Volksküche gibt täglich 5000 Portionen Mittagessen aus und die gleiche Zahl 1/2 B und Brotportionen. Der Magistrat verteilt unter den Arbeitslosen Lebensmittel und Brennmaterialien. Über die städtischen Fonds reichen nicht aus, um einer so großen Aufgabe gerecht zu werden. Das Elend in den Familien ist groß. Hunger leiden Kinder und Mütter. Die Väter aber können dem nicht abhelfen.

Bürger! Wenn ich mir auch klar bin über die schwere Lage unseres Handels, unserer Industrie und unseres Handwerks, so weiß ich auch und bin überzeugt davon, daß Mitleid und Barmherzigkeit in Euren Herzen wohnen, daß Ihr mit den Hungern einen Kanten Brot teilt und daß Ihr ein Opfer bringen werdet, um den Bedürfnissen hunderter hungernder Kinder zu entsprechen.

Einen herzlichen Appell richte ich an Euch!

Spendet für die hungernden Kinder der Arbeitslosen!

Bringt ihnen Hilfe durch Opfer!

Spenden nehmen die Redaktionen der hiesigen Zeitungen, die Stadt-Sparkasse und das Amt für öffentliche Fürsorge entgegen.

(—) Dr. Śliwiński, Stadtpräsident.

Hypotheken

reguliert mit
gutem Erfolg
im In- und Auslande

St. Banaszak,

Rechtsbeistand

Bydgoszcz, 1245
ulica Cieszkowskiego
Moltkestr. 2
Telephon 1304.

Langjährige Praxis.

Welch Herr, hat eine

Marie Siegler

gefunden. Meldung an
Frau Lutie David,
Kaweczn, v. Grabie-
pow. Jnowroclaw. 2277

Bitte beitr.

Reisegefährten

11. 2. Kreuz - Nasel
um Nachricht, zur evtl.
aem. Rücksicht, Gefäß,
Öffert, erb. unt. C. 2271
an. Geschäftsd. 3tg.

Ronsens f. Ausschalt-
zeuge von gl.
od. ipäter ab. Off. u. C.
841 a. d. Gsch. d. 3. erb.

2277

Möbel

empföhle unter günstigen Bedingungen:
Kompl. Sveeza Zimmer,
Schlafzimmer, Küchen,
u. einzelne Schränke,
Tische, Bett-, Stühle,
Sofas, Sofel, Schreib-
tische, Herren-Zimmer
u. a. Geestände.
W. Piechowiat,
Dluga 8. Telefon 1651.

Gerberei

zahlt Höchst-
pr. f. lämtl.
welle, gerbt, färbt und
verkauft Felle.
Wielcp. Tow. Bud. „RIKA“
Sp. Akc.

Bydgoszcz,

ul. Marcinkowskiego 9, Telefon 172.

Letzte Neuheit!!!

Flache Uhr mit Dauerglas
statt 28,- zl nur 5.25 zl. Marke
Chronometre, Kette als Prämie. Auf
briefliche Bestellungen verschicken wir
elegante, flache Taschenuhr, angenehmer Gang
auf die Minute reguliert, mit 10-jähr. Garantie
für zl 5.25, 2 Stück 10.50, 3 Stück 15.25, 6 Stück
30.10, bessere Art 6.50, 8.75, 12.10, 14,-, 16,-,
19,-; mit leuchtendem Zifferblatt oder aus
neuem französ. Gold zu zl 8.50, 10.60, 12.75,
15,-, 17.50, 22,-, 24,-. Deckeluhr „Anker“
mit drei Deckeln für zl 14.30, 17.10, 19.85, 23.50,
30.35, 40,-. Dieselben mit leuchtendem Ziffer-
blatt oder aus neuem französ. Gold zl 17,-,
21.75, 25,-, 30,-, 40,-. Herren- oder Damen-
Armbanduhren zl 9.10, 12,-, 14,-, 16,-, 18,-,
22,-, 26,-, 29,-, 32,-, 35,-. Tischwecker 10.50,
12,-, 14,-, 16,-, 20,-. Zu Uhren im Werte
von zl 10,- ab geben wir Ketten aus neuem
französ. Gold kostenlos zu. Zuzahlung zl 1.50,
2.75, 4,-, 5,-, 8,-.

2220

Fabryka Zegarków

M. Poznański, Warszawa, Nowy Świat 12
D. R.

Bemerkung: Wir sind im Besitze

von hunderten von Dankesbriefen.

Schweinefleisch

aller Art wie: Filet, Karbonade, Schmeer,
Röpfleiste, Spießbein, Annochenfleisch. Fleisch
ohne Annochen usw. lauft man am billigsten
nur aus unseren Exportschlachtungen täglich
frisch und stellt in großen Mengen am Lager.
Verkaufsstelle: ul. Poznańska Nr. 10.

Bacon-Export

Bydgoszcz.

2122

Dienstag, den 18. Februar
abends 8 Uhr
im Civilkasino

Pfarrer Hackert-Stargard

Island Lichtbildervortrag
Durch die Lüften nach Stettin. An Bord des
Islandfahrers. Sommersonnenwende
auf Feroer. — Hekla, Geysir, Gulfos.
Eintrittskarten 2,- zl. in der Buchhdg.
E. Hecht Nachf. u. an der Abendkasse.

Blumenspenden- Bermittlung !!!

für Deutschland und
alle anderen Länder
in Europa.

1483

Jul. Roß

Blumenhs. Gdańskia 13

Hauptkontor u. Gärtnerei

Trötschka 15.

Fernruf 48



Deutsche Bühne

Bydgoszcz 2. d.

Sonntag, d. 16. Februar,

nachm. 3 Uhr,

wegen weiterer starker

Anfrage einmalige

letzte Aufführung,

gleich

zu Gunsten der

Arbeitslosen der

Stadt Bydgoszcz

zu

ganz klein. Preisen

2123

Friederile

Ein Singpiel in 3 Akten
von Ludwig Herzer u.
Fritz Löbner. Musik v.
Franz Lehár.

Abends 8 Uhr

Neuheit! Neuheit!

2124

Damals in Jena

(Es kam ein Burck
gezogen).

Singpiel in 3 Akten
von Ernst Neubach u.
Ernst Wengraf. Musik v.
Fredi Raymond.

Eintrittskarten in

Johne's Buchhandl.

am Tage der Aufführung

von 11-1 u. 1 Stunde

vor Beginn d. Aufführ.

an der Theaterstraße.

2125

Die Leitung.

Aufruf!

Im Zusammenhang mit der allgemeinen Stagnation, in der sich die hiesige Industrie befindet, hat die Arbeitslosigkeit in unserer Stadt katastrophale Ausmaße angenommen. Im hiesigen Arbeitsvermittlungsaamt sind 5000 Arbeitslose registriert. Außer dieser Zahl gibt es einige Hundert nicht registrierter Arbeitslose. Nur 2800 von allen diesen erhalten Unterstützungen. Gegen 2000 Arbeitslose, von denen die größere Hälfte verheiratet ist, befindet sich mit ihren Familien in größter Not. Der Magistrat ist bemüht, ihnen nach Möglichkeit Hilfe zu bringen. Die Volksküche gibt täglich 5000 Portionen Mittagessen aus und die gleiche Zahl 1/2 B und Brotportionen. Der Magistrat verteilt unter den Arbeitslosen Lebensmittel und Brennmaterialien. Über die städtischen Fonds reichen nicht aus, um einer so großen Aufgabe gerecht zu werden. Das Elend in den Familien ist groß. Hunger leiden Kinder und Mütter. Die Väter aber können dem nicht abhelfen.

Bürger! Wenn ich mir auch klar bin über die schwere Lage unseres Handels, unserer Industrie und unseres Handwerks, so weiß ich auch und bin überzeugt davon, daß Mitleid und Barmherzigkeit in Euren Herzen wohnen, daß Ihr mit den Hungern einen Kanten Brot teilt und daß Ihr ein Opfer bringen werdet, um den Bedürfnissen hunderter hungernder Kinder zu entsprechen.

Einen herzlichen Appell richte ich an Euch!

Spendet für die hungernden Kinder der Arbeitslosen!

Bringt ihnen Hilfe durch Opfer!

Spenden nehmen die Redaktionen der hiesigen Zeitungen, die Stadt-Sparkasse und das Amt für öffentliche Fürsorge entgegen.

(—) Dr. Śliwiński, Stadtpräsident.

Komunalna Kasa Oszczędności Miasta Bydgoszczy

ul. Marszałka Focha 69

przymuje wkłady poczawszy od 1 zł. i oprocentowane

Wkłady za wypowiedzeniem dziennem: 7 %

miesięcznym: 9 %

kwartalnym: 10 %

Wkłady do wysokości 5.000 zł są wolne od podatku kapitałów i rent.

Dla drobnych oszczędności wydaje Kasa
skarbonki domowe.

Za wszelkie zobowiązania Kasy odpowiada miasto całym swym majątkiem.

Feld- Gemüse- Blumen- Sämereien

bietet an
Samengrosshandlung

Wedel & Co. S-ka kom.

Tel. 820 Bydgoszcz, Dluga 19 Tel. 820

Auf Wunsch Preisliste kostenlos.

Uebernahme von Buchführung und Anfertigung von Jahres- abschlüssen

Andrzej Burzynski

Bücherrevisor, vereidigt

durch

die Handelskammer in

Bydgoszcz,

Bydg., Sienkiewicza 47.

Tel. 206. 1249

Praktischer und theoretischer Unterricht von
staatlich geprüfter Fachlehrerinnen. Außer-
dem polnischen Sprachunterricht.

Abbildungzeugnis wird erteilt.

Schön gelegenes Haus mit großem Garten.

Beginn des Halbjahres - Kurus:

3. April 1930.

Prospekte gegen Doppelporto postwendend.

Haushaltungskurse

Janowiz (Janowiec), Kreis Żnin.

Unter Leitung geprüfter Fachlehrerinnen.

Gründliche praktische Ausbildung im
Kochen, in Backen- und Tortenbäckerei,
Einnähen, Schneidern, Schnitzzeichnen-
lehre, Weißnähen, Handarbeit, Wäsch-
behandlung, Glanzplatten, Haarsarbeiten,
Mollereibetrieb.

Praktischer und theoretischer Unterricht von
staatlich geprüfter Fachlehrerinnen. Außer-
dem polnischen Sprachunterricht.

Abbildungzeugnis wird erteilt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Wirtschaft der Woche.

Das Budget vor dem Tribunal des Sejm. — Einmütige Feststellung der Unzulänglichkeit der Budgetlasten. — Schärfste Kritik des ungesunden Staatskapitalismus. — Forderung nach Eindämmung des fiskalischen Unternehmergeistes. — Voransichtliche Verstärkung der Wirtschaftslage durch die falsche Budgetpolitik. — Der Sejm denkt — die Regierung leuchtet.

Die letzten im Sejm durchgeführte Generaldebatte über das Budget für das kommende Finanzjahr zeigte das Bild einer nur selten in dieser neugebenden Körperlichkeit zu verzeichnenden Einmütigkeit der Ausschüsse; alle Redner, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, erklärten sich mit dem Budgetpräliminar unzufrieden, das nunmehr, in dritter Lesung angenommen, auf der Ausgabenseite mit 2 948 000 000, und bei den Einnahmen mit 3 068 900 000 Złoty abschließt und eine Erhöhung um 150 810 000 Złoty bringt. Angefangen vom Generalreferenten Prof. Rzązowski über die Redner aller Parteien bis hinunter zu den Rednern der Opposition, übte man schärfste Kritik, hegte man alleits Zweifel an der Realisierbarkeit des Budgets und verlangte man schließlich grundlegende Änderungen.

Was im Sejm vorgebracht wurde, ist allerdings nicht neu, aber der Ton der Kritik war einmütig: „das Dreimilliardenbudget ist für uns zu hoch“. Troy der von Monat zu Monat sich verschärfenden Wirtschaftskrise hat der Haushalt in den letzten Jahren die Drei Milliardengrenze überschritten, die sogar der Finanzminister als das Maximum unserer Leistungsfähigkeit bezeichnet. Es ist gezeichnet, daß sogar der dem Regierungsbloc angehörige Abgeordnete Prof. Krzysztof in seiner Eigenschaft als Generalreferent zu der Feststellung gelangen mußte, daß das Budget zu hoch sei, die Bevölkerung allzu stark belaste und die Ausgaben viel höher angehoben seien als die Einnahmen. Es soll ausgegeben werden, daß nach den Erfahrungen der letzten Jahre diese gewaltige Summe aus der steuerzahllenden Bevölkerung tatsächlich herausgearbeitet werden könnte, aber die Folgen des rückwärtslosen Anstiegs der Steuerlasten werden von Tag zu Tag augenscheinlicher: die Volkswirtschaft ist in all den letzten Jahren ihrer wichtigsten Lebenskräfte beraubt worden und könnte einen weiteren Aderlaß ohne ernste funktionelle Erfüllungen nicht vertragen.

Der nunmehr in allen drei Lesungen beschlossene Haushalt ist bis an die äußerste Grenze angespannt und absoziert alle Wirtschaftskräfte. Man kann es in gewinem Sinn insofern als ein konjunkturelles Budget bezeichnen als seine Realisierbarkeit vom weiteren Verlauf der Konjunktur abhängt. Dauert nämlich die gegenwärtige Krise noch durch eine gewisse Zeit an, so ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der Haushalt mit jener Bilanzsumme, mit der er genehmigt wurde, nicht zu realisieren sein wird. Das genehmigte Budget bedeutet zudem für die breiten Wirtschaftskräfte, die seit Jahresfrist auf eine Herabsetzung der Umsatzsteuer und andere Steuererleichterungen mit Ungeduld warten, eine herbe Enttäuschung. Denn der Steuerdruck wird unvermindert anhalten und bei der stark vermindernden Besteuerungsgrundlage angesichts der ausgedrillten Steuerausgaben wird sich die Belastung bei den einzelnen Wirtschaftszweigen um so stärker fühlbar machen. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, bedeutet es gleichzeitig eine starke Eingangung der gesetzten Regierungsaktion zur Bekämpfung der Krise. Denn diese Aktion könnte nur mit Hilfe der Kassenreserven stärker in Gang gebracht werden, welche jedoch bei der vorgemachten Erweiterung des Haushaltssatzes nur in geringerem Maße für Zwecke der Bekämpfung der Wirtschaftskrise in Anspruch genommen werden können. Das Dreimilliardenbudget mehrs, wie oben bereits erwähnt, der Finanzminister in seinem Exposé als die Maximalgrenze unserer Budgetwirtschaft bezeichnete, deren Überschreitung er als äußerst schädlich für die Volkswirtschaft ansieht, wäre nur dann gerechtfertigt, wenn es eine Lösung aller wichtigen und dringenden staatlichen Fragen bringen würde. Erwartet man aber, daß der gegenwärtige Staatshaushalt prinzipiell nieder die Beamtenfrage bereinigt, noch eine Lösung des so dringenden Baurroblems ansetzt, daß er wieder die so schlimm erwartete Steuerreform bringt, noch einen Ausweg aus der katastrophalen Situation der städtischen Finanzen zeigt, so muß man zu dem Schluß gelangen, daß das Budget in dieser Höhe keinesfalls begründet erscheint.

Wenn trotz aller Ankündigungen und Versuche der Sejm nicht imstande war, bedeutende Streichungen in den Ausgaben vorzunehmen, so ist der Grund hierfür vornehmlich in dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung und Verwaltung zu suchen, der die Durchsetzung eines großangelegten Sparprogramms zunächst illusorisch macht. Darauf hat mit Recht der Generalbudgetreferent Prof. Adam Krzysztof hingewiesen, der in seinem Referat folgende treffende Forderungen und Wünsche vorbrachte:

- Einschränkung der Ausgaben des Staates. Ein Anfang müßte hier mit dem Abbau des staatlichen Bürokratismus gemacht werden, der bis nun nicht weniger als 16 000 Verordnungen und 50 000 Amtsschreiben herausgegeben hat, wodurch eine Unmenge von Beamten, oft ganz überflüssigerweise, beschäftigt werden;
- Plausibilisierung der mercantilistischen Wirtschaftspolitik, dies bedeutet eine Einschränkung des ganzen Ein- und Ausfuhrverbots und Reglementierungssystems, das den normalen Wirtschaftsraum hemmt, der ungelenken Spekulation Tür und Tor lässt und die staatliche Administration gewaltig belastet, und
- Wiederherstellung des Drudes der staatlichen Unternehmungen auf den Staatsstaat, welcher unter dem Siegel von Unternehmungen steht, die reichlich aus außerbudgetären Mitteln gefestigt werden.

Diese Forderungen, die den eigentlichen Kern aller staatlichen und wirtschaftlichen Probleme ergriffen, deuten sich im allgemeinen mit den seit Jahr und Tag in der Presse und von allen Wirtschaftstreilen verfochtenen Thesen. Die Ausgaben, die sich heute bei uns der Staat setzt, sind zu weitreichend und dadurch wird die Verwaltung wenig leistungsfähig und gefährdet sich äußerst leicht. Die staatlichen Unternehmungen bedeuten eine allzu starke Belastung für den Staatshaushalt und zugleich eine unlautere Konkurrenz für die mit Steuern überlastete Privatwirtschaft, der gegenüber sie dank der reichlichen kreditären Alimentierung und Steuerfreiheit weit im Vorsprung sind. Gerade in diesen Tagen ist eine äußerst interessante Arbeit des Professors der Grafsauer Universität Dr. Thomas Lulek erschienen, der in seinem Werk über die staatlichen Unternehmungen die Passivwirtschaft der staatlichen Unternehmen durch reichliches Zahlenmaterial großstilig beleuchtet. Nach seinen Berechnungen hat der Staatshaushalt im Zeitraum 1924–1929 (bis 1. April) aus seiner gewaltigen Anzahl von Unternehmungen, die budgetär abgesondert sind (Autobahnen, staatliche Bäder, Post, Salzbergwerke, Chorzow u. a. m.) rund 7 Millionen Überflüssigkeit erlangt, dagegen bei den budgetär nicht abgesonderten Unternehmungen etwa eine halbe Milliarde Złoty, vornehmlich für Investitionszwecke, ausgezahlt. Dieses gewaltige Gebiet der Volkswirtschaft, das sich in den Händen des Staatshauses befindet (das Investitionskapital der Bahn allein wird nach dem Vortragswert auf 7,7 Milliarden Złoty, der Wert der staatlichen Bäder auf 6,2 Milliarden Złoty geschätzt), ergibt also per saldo eine gewaltige Belastung seines Besitzers, wobei noch die Steuerfreiheit dieser Objekte berücksichtigt werden muß. Ein so gewaltiger Teil der Volkswirtschaft erscheint so höchst unrentabel. Es läge ebenso im Interesse der Volkswirtschaft wie des Staatshauses, aber auch im Interesse der staatlichen Unternehmungen selbst, daß enge Band zu den östlichen Nachbarländern, das den Staatshaushalt mit seinen Unternehmungen verknüpft. Der Weg hierzu führt entweder über eine volle Kommerzialisierung der Unternehmungen oder über die Heranziehung der Mitarbeit des privaten Kapitals.

v. Fusion von Getreidehändlergruppen in Pommern. Kürzlich fand hier selbst eine Konstitutionsversammlung der pommerschen Getreidehändler statt, in der die Fusion der Vereinigung der Getreide- und Saatguthändler in Thorn und der Sektion der Getreidehändler beim Verband der Kaufmännischen Vereine in Grudziądz vorgenommen wurde. Die neue Vereinigung wird heißen: Szwarczanie Kupców i Szołozów w Mianie p. na Pomorzu w r. Warszawie. Die Versammlung wurde von dem Vorsteher Durch eröffnet, der die Gäste und insbesondere den Vorsteher Marchlewski-Graudenz begrüßte. Den Vorstand der neuen Vereinigung bilden die Herren Turek-Thorn, B. Bożekowski-Thorn, Adamczewski-Brodnicza, Menzka-Thorn, Parson-Graudenz, Mierski, Berend, Bielski-Lubawa und Słusarczyk-Culm.

Bank Polak übernimmt die Wertpapiere A.-G. Die im Jahre 1929 gegründete Aktiengesellschaft für Erzeugung von Wertpapieren ist vollständig in den Besitz der Bank Polak übergegangen, nachdem das Finanzministerium seine 40prozentigen Aktien abgegeben hat. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 15 Millionen Złoty. Die Befestigungen des graphischen Instituts belaufen sich auf 11 400 000 Złoty, die der Papierwerke auf 2 800 000 Złoty.

Die Handlungskosten der staatlichen und Privatbanken in Polen. In der polnischen Presse wurde in der letzten Zeit häufig die Frage der zu hohen Handlungskosten bei den Bananen behandelt. Dies veranlaßte den Finanzminister, dieser Frage einige Worte in einer Rede vor dem Sejm zu widmen. Nach seiner Berechnung stellen sich die Handlungskosten wie folgt dar: 1. Bank Świątka Spółka Zarządzająca in Polen 3,1 Prozent der Bilanzsumme; 2. Diskontbank (Bank Diskontowa), Warschau 2,8 Prozent, 3. Kommerzbank in Warschau 2,8 Prozent, 4. Powiatbank Bank Świątka in Warschau 2,4 Prozent, 5. Bank Towarzystwo Spółdzielcze in Warschau 2,5 Prozent, 6. Depositorbank in Łódź 4,8 Prozent, 7. Staatische Agrarbank (Bank Rolnej) 1,9 Prozent, 8. Staatische Wirtschaftsbank (Bank Gosp. Kraj.) 0,88 Prozent der Bilanzsumme. Nach den Feststellungen des Finanzministers würden die staatlichen Banken mit einem geringeren Kostenaufwand arbeiten. Allerdings verzweifelt der Finanzminister, daß die beiden staatlichen Institute von sämtlichen Steuersafaten bestreit sind und außerdem bedeutend höhere Bilanzsummen als die Privatbanken aufweisen, was ja auch nicht ohne Einfluss auf den prozentualen Anteil der Handlungskosten bleibt.

Houthinson gewährt Pege eine 2 Millionen Dollaranleihe. Am 7. Februar d. J. kamen die Verhandlungen zwischen dem französischen Gummiträger „Houthinson“ und der polnischen Gummifabrik „Pege“ zu einem positiven Abschluß. Houthinson gewährt Pege eine Anleihe von 2 Millionen Dollar, wofür die Aktien der polnischen Gesellschaft verpfändet werden. Der Vertrag sieht ein Vorkaufsrecht an die Aktien vor, was praktisch auf eine Beteiligung von Houthinson an der Pege hinausläuft. Durch das Zustandekommen der Anleihe hofft man, die gegenwärtige 8000 Mann stehende Belegschaft der Pege noch vergrößern zu können.

Ein neuer Exportkreditgarantiefonds in Polen. Der Wirtschaftsausschuß des polnischen Ministerrats hat beschlossen, einen Garantiefonds für Exportkredite zu schaffen und ihm vorläufig 60 Millionen Złoty zur Verfügung zu stellen. Die Form der Gewährung von Garantiekrediten ist noch nicht festgelegt, jedoch dürfte sie sich von der in Deutschland herrschenden Methode nicht weit entfernen.

Vertragsunterzeichnung zwischen Standard Steel und U.S. Steel. In diesen Tagen wurde der Vertrag zwischen Standard Steel Car Corporation (Mellongruppe) und der polnischen Waggonfabrik U.S. Steel, Danzig und Königsberg unterzeichnet. Auf Grund dieses Vertrages bekommt die polnische Gesellschaft eine Anleihe von 40 Millionen Dollar, welche für die Finanzierung der Eisenbahnbestellungen verwendet werden sollen. Der Unterzeichnungstag fand in der National City Bank in New York statt. Die erste Rate wurde bereits bei der Warschauer Westbank (Bank Zachodni) eingezahlt.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verordnung im „Monitor Polak“ für den 15. Februar auf 5,9244 Złoty festgestellt.

Ter Złoty am 14. Februar. Danzig: Überweitung 57,63 bis 57,77, bar 17,66–17,80. Berlin: Überweitung 46,80–47,00. Katowice 46,75–47,05. Zürich: Überweitung 58,08. London: Überweitung 43,35. New York: Überweitung 11,75. Prag: Überweitung 78,25. Wien: Überweitung 79,45–79,73.

Pariser Börse vom 14. Februar. Umgebaute Renten, — Belval — Rouen, Belgien —, Bruxelles —, Budapest —, Budapest —, Warschau 17,34–17,57, 17,91, Helsinki —, Spanien —, Holland —, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 43,33/4, 43,47 — 43,26, New York 8,9/3, 8,923 — 8,833, Oslo —, Paris 31,94, 35,03 — 34,85, Prag 26 39/2, 26,46 — 26,3, Riga —, Stockholm 239,17, 239,77, 238,57, Schweiz 172,10, 172,53 — 171,67, Wien —, Italien —.

Amtliche Notierungen der Danziger Börse vom 14. Februar. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London —, Gdansk —, Br., New York —, Gd., —, Br., Berlin —, Gd., —, Br., Warschau 57,63, Gd., 57,80 Br., Noten: London 25,01/2, Gd., 15,02 Br., Berlin 122,616 Gd., 123,024 Br., New York —, Gd., —, Br., Holland —, Gd., —, Br., Zürich —, Gd., —, Br., Paris —, Gd., —, Br., Brüssel —, Gd., —, Br., Kopenhagen —, Gd., —, Br., Stockholm —, Gd., —, Br., Oslo —, Gd., —, Br., Warszawa 57,63 Gd., 57,77 Br.

Berliner Devisentarife.

Diss. Listent-	Für drahtlose Auszähl-	In Reichsmari-		In Reichsmari-	
		14. Februar	13. Februar	Geld	Brief
4,5 %	1 Amerika	4,185	4,183	4,192	
5 %	1 Gru. and	20,347	20,367	20,37	
4 %	100 Holland	167,75	168,59	167,78	166,10
—	1 Araunitien	1,598	1,602	1,606	1,610
5 %	100 Norwegen	111,90	112,12	111,77	111,99
5 %	100 Danemark	112,8	112,30	112,03	112,25
—	100 Island	31,81	31,58	31,81	31,99
4,5 %	100 Schweden	112,21	112,43	112,22	112,44
3,5 %	100 Elsien	58,295	58,415	58,295	58,415
7 %	100 Italien	21,85	21,53	21,91	21,95
3 %	100 Frankreich	16,38	16,42	16,39	16,43
3,5 %	100 Schweiz	80,72	80,88	80,74	80,90
5,5 %	100 Spanien	52,47	52,57	52,80	52,90
—	1 Brasilien	0,463	0,462	0,466	0,468
5,48 %	1 Japan	2,058	2,062	2,056	2,060
—	1 Kanada	4,149	4,147	4,151	4,149
—	1 Uruguay	3,643	3,654	3,646	3,654
5 %	100 Tschechoslowak.	12,85	12,405	12,385	12,405
7 %	100 Finnland	10,524	10,544	10,523	10,543
—	100 Estland	111,46	111,68	111,42	111,64
8 %	100 Lettland	80,59	80,75	80,59	80,75
8 %	100 Portugal	18,73	18,82	18,78	18,82
10 %	100 Bulgarien	3,027	3,033	3,027	3,033
6 %	100 Jugoslawien	7,370	7,384	7,370	7,384
7 %	100 Österreich	58,82	59,04	58,915	59,035
7,5 %	100 Ungarn	73,12	73,26	73,12	73,26
8 %	100 Danzig	81,35	81,1	81,33	81,49
—	1 Türkei	1,878	1,882	1,893	1,897
9 %	100 Griechenland	5,403	5,415	5,42	5,43
—	1 Kairo	20,865	20,805	20,865	20,905
9 %	100 Rumänien	2,468	2,492	2,490	2,44
—	Warszawa	46,80	47,00	46,825	47,025

Zürcher Börse vom 14. Februar. (Amtlich.) Warschau 58,05, New York 5,187%, London 25,19%, Paris 20,29%, Wien 72,97%, Prag 15,33%, Italien 27,1%, Belgien 20,20%, Budapest 90,60, Helsingfors 13,02%, Sofia 3,75, Holland 20,77%, Oslo 138,45%, Helsingfors 138,77%, Stockholm 138,95, Spanien 65,40, Buenos Aires 1,99, Budapest 3,07%, Athen 6,71, Berlin 123,72%, Belgrad 9,12%, Konstantinopel 2,40, Privatdistanz 3%, v. C.

WEINBRÄNDE
COGNAC / LIKÖRE

WINKELHAUSEN

ZAKŁADY PRZEMYSŁOWE WINKELHAUSEN T.A. STAROGARD-POMORZE ZAŁ. 1846

RUM

ARRAK

Auf der Landesausstellung prämiert mit Goldener Staatsmedaille.

Dresdner Bank

Eigenkapital RM 134 Millionen

Zweigstelle Schneidemühl

Friedrichstraße 34 — Fernsprecher Nr. 2424/25

Annahme von Spareinlagen zu günstigen Zinssätzen

Umwechselung von fremden Geldsorten insbesondere von Polennoten und Dollars

Ausführung aller anderen bankmäßigen Geschäfte. Stahlkammer.

Rath. Anabekonvikt in Danzig.

Pensionat für Schüler höherer Schulen, in ruhiger günstiger Lage, zur Stadt und zur See und zu den Schulen, geleitet von Patotiner-Pates.

Großer schattiger Garten mit Spielplätzen, Haussäle, Zentralheizung, Badeeinrichtung, Aussicht bei den Studien.

Anmeldungen für Ostern richten man bald an den

1805

Leiter, in Danzig-Schellmühl

Schellmühlweg 3.

Zur Lieferung frei Station Starogard, Grudziądz, Toruń, Gniezno, Miasteczko oder einer zwischen diesen und der Verladestation liegenden Stationen bieten an:

Buchenkloben zum Preise von 22,50 zł,

Buchenknüppel " 20,00 zł,

Rieserkloben " 21,00 zł,

Rieserknüppel " 17,00 zł,

Zahlungs-Erlichterung auf Wunsch. Umfragen an

Forstverwaltung Sypniewo

bei Wieckow (Pomorze).

Drechsler

ihre Exten zum Selbständigmachen.
Austunft erteilt 2141
C. Wollenweber,
Nowe, Pommereilen,
ul. Sadowska 30.

Hormoniums

in erster Qualität
billigt vom Herstell.

M. Biemann

Kamien Pomorze,

Harmoniumbau.

1437

Die Bekleidigung

die ich gegen Herrn

Köster, Mieleskyn, u.

gegen Herrn Möller,

Janowiec, irrtümlich

ausgesprochen habe,

nehme ich

reuevoll zurück.

Fr. Schöne,

Mieleskyn.

Schnell und zuverlässig repariert

Bruno Prehn

Maschinen- u. Elektromotorenwerk

alle Arten v. Maschinen

wie Buchdruckerei, Fleischerei,

Bäckerei, Soelcher-Maschinen

Fernspr. 225 66 Weidengasse 55.

225 67

Danzig. 15989

Gaotkartoffeln

alle Sorten

liefern billigt, auch auf Kredit 1988

Bernhard Schläge

Danzig-Oliva, Telefon 453 02.

Johauje: Julinieren, Frührosen u.

Gutempf. Hauschneide-

der nimmt Vorbestell.

an. Näh. Paderewskiego

Nr. 32, r. Tel. 742. 887

Lyck, 597

Jagiellońska Nr. 31.

Prima Därme

Teer- und Weißstrick liefert

B. Muszyński, Seiffabrik, Lubawa.

11

2162

1476

Bau von großen Kochmaschinen für Hotels, Restaurants, Güter usw.

Oskar Schöpper, Bydgoszcz,

Zduny 5. Tel. 2003

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

1476

2162

<p

100 Tote

beim Brände eines Armenhauses.

Newyork, 12. Februar. In Brockton im Staate Massachusetts ereignete sich eine furchtbare Brandkatastrophe. In dem Armenhaus der Stadt brach in der Nacht ein Brand aus, der bald das ganze Gebäude ergriff. Nur ein Teil der Bewohner des Hauses konnte sich in Sicherheit bringen, die übrigen sind in den Flammen ums Leben gekommen. Nach den bis zur Stunde vorliegenden Nachrichten sind etwa 100 Menschen verbrannt.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 15. Februar.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

Schlaf und Tod.

Lessing hat in seiner Streitschrift: Wie die Alten den Tod gebildet, daran erinnert, daß die Antike die alte homerische Idee gepflegt und dargestellt hat, daß Schlaf und Tod Zwillingsschwestern seien. Er macht darauf aufmerksam, daß zwischen ihnen nur der eine Unterschied bestand, daß sie den einen weiß, den andern schwarz darstellten. Gewiß, es liegt etwas Verhöhnliches in diesem Gedanken, den Tod nicht als Skelett mit der Kippe in der Hand, sondern als Bruder des Schlafs vorzustellen. Aber es ist immerhin doch nur die Phantasie der Kunst, die hier ihren Ausdruck findet und alle Kunst wischt den Unterschied nicht weg, der doch zwischen dem Schlummernden und dem Toten besteht. Ist der Schlaf Wirklichkeit, der Tod ist es auch, aber in ganz anderer Weise. So empfand die Antike, so reden wir es ihr nach. Anders Jesus. Am Totenbett des Töchterleins des Jairus sagt er das große Wort: Das Kind ist nicht gestorben, sondern es schläft. (Mark. 5, 21—24, 35—43). Wie? vielleicht nur Scheintod? Und Jesus, der gewandte Diagnostiker, der sofort erkannt hat, daß nur die Angehörigen sich irren, wenn sie das Kind für tot halten? Lächerlich, mit solchen Aussichten sich um das Wunder herumdrücken zu wollen! Nein, hier ist wirklicher Tod, aber auch wirklicher Schlaf, nur nicht zwei Wirklichkeiten, sondern eine: Der Tod ist ein Schlaf worden. So singt der Glaube mit Luther. Das ist für den Glauben Gewissheit, daß, was wir Sterben nennen, nicht das Lebte ist, das, wo Christus ist, Leben ist, aber Leben aus Gott kann nie Raub des Todes werden. Hier ist mehr als Zwillingsschönlichkeit, mehr als Symbolik, hier ist ernste, aber felige Wirklichkeit. Es gibt eine Auferstehung der Toten. Die Geschichte des Gläubigen geht nicht nach der Ordnung: Erst das Leben, dann der Tod, sondern: Erst der Tod, aber dann das Leben. D. Blau-Posen.

Die Arbeitslosigkeit in Bromberg.

Die Zahl 6000 überschritten!

Die Zahl der im staatlichen Arbeitsvermittlungsbüro registrierten Arbeitslosen wächst von Tag zu Tag. In der vergangenen Woche waren 4925 Personen registriert, darunter 3800 Familienväter, 1625 alleinlebende Personen (davon 915 Frauen). Nach den letzten Zählungen beträgt die Zahl der Arbeitslosen 6400. Von diesen erhalten nur 2880 Unterstützung.

Im Saale des Arbeiter-Kinos fand vorgestern eine sehr stürmische Versammlung der Arbeitslosen statt. Die Arbeitersassen machten den anwesenden Vertretern der Berufsverbände heftige Vorwürfe, daß sie sich zu wenig um das Los der Arbeitslosen kümmern. Als einige Redner von dem "bürgerlich-faschistischen Regime" sprechen wollten, drohte die Polizei mit Auflösung der Versammlung. Die Vertreter der Unabhängigen Sozialisten stellten eine Reihe von Forderungen auf, die von der Versammlung gebilligt wurden. Danach wird gefordert: Für die Kinder der Arbeitslosen, die in der Volksschule keine Mittagessen erhalten, ist täglich Milch auszugeben; 2. größere Bäckereien haben den Arbeitslosen auf Rechnung der Stadt Brot auszugeben und zwar zwei Pfund täglich pro Kopf; 3. die ärztliche Hilfe der öffentlichen Fürsorge muß verbessert werden, da die Ärzte die Arbeitslosen nicht gründlich genug untersuchen; 4. die städtischen sanitären Einrichtungen und die städtische Bade-Anstalt müssen den Arbeitslosen kostenlos zur Verfügung stehen; 5. der auf dem Bahnhof nächtigenden Jugend ist ein Obdachlosenheim zur Verfügung zu stellen, um sie vor der völligen Demoralisierung zu bewahren, und 6. müsse dem Wohnungswucher ein Ende bereitet werden.

Die Forderungen eines Teils der 1000 anwesenden Arbeitslosen, einen Demonstrationzug zu veranstalten, fanden keine Annahme.

Um dem Elend der Arbeitslosigkeit begegnen zu können, haben die städtischen Behörden aus dem vom Wojeroden erhaltenen Fonds 3500 Zentner Kohle, sowie Schnaps und Mehl angekauft und lassen diese an diejenigen Arbeitslosen verteilen, die keinerlei Unterstützung erhalten. Wie mitgeteilt wird, werden die sozialistischen Gruppierungen im Stadtparlament einen Dringlichkeitsantrag einbringen, der die Aufnahme städtischer Arbeiten fordern wird. Man hofft allgemein, daß mit Eintritt der wärmeren Witterung die Arbeiten am Bahnhof Bromberg-Bdingen wieder aufgenommen werden, wobei etwa 500 Personen beschäftigt werden könnten.

§ Apothekennotdienst haben bis zum 17. d. M. früh Engel-Apotheke, Danzigerstraße 39, und Apotheke am Theaterplatz; vom 17. bis 24. d. M. Kronenapotheke, Bahnhofstraße, und Bärenapotheke, Bärenstraße (Niedzwiedzia) 8.

§ 66.000 Staatssensionäre. Am 1. Januar 1930 belief sich die Zahl der Emeriten und der sonstigen vom Staat unterstützten Personen auf 66.048. Davon sind ehem. Civilbeamte 52.658, ehem. Heeresangehörige 9674; hinzu kommen die Veteranen aus den Aufständen und die ehemals verbannte Gezeitene. Im ersten Viertel des Budgetjahres 1929/30 (von April bis Juli) war ein Zuwachs an 2158 Emeriten festzustellen, im zweiten Viertel von 1673, im dritten von 2057. Die Staatssklasse hat für die Unterstützung

der Staatssensionäre in den $\frac{3}{4}$ Jahren des Budgetjahres 1929/30 insgesamt 122.045.000 Zloty ausgegeben.

§ Legitimation für Handelsreisende. Auf Grund einer Verordnung des Ministers für Industrie und Handel soll mit der Ausgabe von mit Photographien versehenen Ausweisen an die Handelsreisenden begonnen werden, die zur Ausübung dieses Berufes berechtigen. Die Verabsiedlung eines Ausweises, der ein Jahr gültig ist, muß von der betreffenden Firma beantragt werden. Der Besitz des Ausweises schließt indessen den Auskauf eines Gewerbescheines nicht aus.

§ Aus dem Gerichtssaal. Vor der Strafkammer des Bezirksgerichts unter Vorsitz des Bezirksrichters Radowski musste sich der im Jahre 1887 geborene Landwirt Jan Sydak aus Wymowo bei Znin wegen Brandstiftung verantworten. Der Angeklagte war Besitzer eines 40 Morgen großen Landgrundstücks, welches er mit 8000 Zloty versicherte ließ. Am 11. Mai v. J., kurze Zeit, nachdem die Versicherung abgeschlossen war, brannte die Besitzung nieder. Die Anklage wirft S. vor, die Gebäude selbst in Brand gesteckt zu haben. Zu einem Nachbar soll er sich geäußert haben, daß die einzige Rettung aus der Not nur Brandstiftung und damit Hilfe durch die Versicherung sei. Von der Versicherungsgesellschaft erhielt der Angeklagte 3700 Zloty ausgezahlt. — Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Zuchthaus. Das Gericht verurteilte ihn zu 1 Jahr Gefängnis. — Angeklagt wegen Diebstahls war der 19jährige Tischlerlehrling Leon Bawaziski, welcher bereits viermal vorbestraft ist. Der Angeklagte war bei der Firma Bugiel beschäftigt und stahl hier für 200 Zloty Bretter. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr Zuchthaus. Der Angeklagte wurde zu 6 Monaten Gefängnis mit Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt.

§ Aus wirtschaftlicher Not in den Tod gegangen ist die 22jährige Stanisława Morozowska aus Lemberg. Sie hatte sich nach Bromberg begeben, in der Hoffnung, hier Arbeit zu finden. Nachdem sie tagelang in der Stadt herumgeirrt ist, ohne eine Stelle zu finden und ihre letzten Sparroschen verbraucht waren, begab sie sich gestern in den Wald an der Kujawianer Chaussee, wo sie Gift zu sich nahm. Man fand die Unglückliche sich vor Schmerzen windend auf und schaffte sie sofort in das Städtische Krankenhaus. Trotz sofortiger Anwendung von Gegenmitteln starb sie unter furchtbaren Qualen.

Unsere Postabonnenten

werden gebeten, dem Briefträger, der in diesen Tagen wegen der Abonnements-Erneuerung vorrückt, den Bezugspreis für den Monat März gleich mitzugeben. Nur dann kann auf ungestörten Fortzug der Zeitung nach dem 1. März gerechnet werden. Der Briefträger nimmt auch Neubestellungen entgegen.

§ Der heutige Wochenmarkt brachte sehr lebhafte Verkehr. Angebot und Nachfrage waren recht stark. Zwischen 10 und 11 Uhr forderte man für Butter 2,50—2,70, für Eier 2,50—2,60, Weißkäse 0,50—0,60, Tilsiterkäse 2,00—2,20, Schweizerkäse 3,80. Die Obst- und Gemüsepreise waren wie folgt: Rote Rüben und Bratkohl 0,15, Weißkohl 0,20, Rotkohl 0,30, Zwiebeln 0,20, Apfel 0,50—1,00. Der Fleischmarkt lieferte: Enten zu 9,00—12,00, Gänse zu 15,00—20,00, Mastgänse zu 1,90 pro Pfund, Hühner zu 4,00—8,00, Puten zu 12,00—20,00, Tauben zu 1,20. Für Fleisch zahlte man: Speck 2,00, Schweinefleisch 1,20—2,00, Rindfleisch 1,40—1,80, Kalbfleisch 1,50—1,80, Hammelfleisch 1,20—1,40. Die Fischpreise waren folgende: Karpfen 2,80, Hechte und Schleie 2,50, Barbe 0,80, Plötz 0,50—0,60, grüne Heringe 3 Pfund 1,00.

§ Auf frischer Tat wurde ein Mann festgenommen, als er vom Hofe des Hauses Danzigerstraße 123 Kohlen stahl. — Gleichfalls verhaftet wurde ein Schlossergeselle, der seinem Meister Handwerkzeug entwendet hatte.

§ Gestügeldiebstahl. In der Nacht zum 14. d. M. drangen Diebe in den Stall des Herrn Poczekaj, Alleestraße (Stroma) 22, ein und entwendeten 7 Hühner und 3 Puten im Wert von 100 Zloty.

§ Festgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages drei Personen wegen Diebstahls, eine Person wegen Trunkenheit und eine wegen Übertretung sittenpolizeilicher Vorschriften.

Bvereine, Veranstaltungen etc.

Kino - Gesellschaft "Erholung". Die Legitimationskarten zum Maskenball sind bis 8 Uhr abends im Bureau, Goethestraße 87, zu erhalten. Bei Vorbestellung Telefon 1611 auch am Saal eingang.

D. G. I. K. u. B. Dienstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, im Kino "Lichtbildvortrag", Pfarrer Hader - Starogard: Island. Die Schönheit Islands, von der Maria Theranion singt: "Island, schöne Asienschter, mit dem Brausheim läuft und fein, mit dem Schleier zart umwohnen, aus Kristall und Schnee so rein, Feuerfut im starken Busen, dein gebe ich, immer dein", wird uns der Vortragende durch viele wunderlichen Orientauffnahmen nahebringen. (Vorverkauf nur Buchh. G. Hecht, Gdańsk 19.)

Handwerker-Kranenvereinigung. Montag, den 17. d. M., 4 Uhr, im "Cinéma" Mitgliederzusammenkunft in Kleidung von einfallsreichen Vorträgen.

* Mogilno, 18. Februar. Feuer richtete auf dem staatlichen Besitz Kunow einen Schaden von 70.000 Zloty an. Der Brand ist vermutlich auf einen fortgeworfenen Zigarettenrest zurückzuführen.

* Znin (Znin), 14. Februar. Ertrunken ist am Freitag der 56jährige Landwirt Bandry aus Skorki beim Überschreiten des Tannendorfer Sees. Er hatte vor einigen Jahren seine dreißig Morgen große Wirtschaft verkauft, jedoch das Geld außer einer kleinen Anzahlung nicht erhalten. Infolgedessen ist S. in so große Not geraten, daß er von den Gaben anderer Landwirte seine Frau und sieben Kinder kümmerlich ernährte. S. ging mittags über den zugeschneiten See nach Tannendorf, um sich von den Besitzern etwas Lebensmittel zu beschaffen, und trat abends wieder den Rückweg an, ist aber in der Dunkelheit auf eine schwache Stelle gelangt, eingebrochen und ertrunken. Die Leiche wurde am anderen Morgen geborgen.

* Gniezno (Gniezno), 14. Februar. Selbstmord. An einer Tanne erhängt aufgefunden wurde der 32 Jahre alte Arzt Dr. Henryk Proszek, der in der Irrenanstalt in Odrońsko bei Łódź tätig gewesen war und sich seit März v. J. als Patient in Dziekania befand.



* Schwarzenau, 14. Februar. Überfallen wurde der Fleischer Ignacy Skroka von zwei Männern, die ihm unter Vorhalten eines Revolvers 348 Zloty raubten.

* Bok, 13. Februar. Einbrecher drangen in das Zimmer des Dienstmädchens des Besitzers Josef Hamerling ein und raubten das Zimmer aus; der Wert ihrer Beute betrug 2500 Zloty. Dann suchten die Diebe eine Lehrerin auf und stahlen 145 Zloty bares Geld, eine goldene Uhr, einen goldenen Ring, ein Paar Damenstiefel und einen Revolver. Der Schaden beträgt in diesem Falle 1000 Zloty. Schließlich stahlen sie bei W. Biberstein 145 Zloty. Die Bemühungen der Polizei, die Einbrecher zu ermitteln, erwiesen sich bisher als erfolglos.

* Środa, 14. Februar. Eine männliche Leiche wurde auf dem Wege nach Schwesenz bei Dulce gefunden. Größe 1,88 Meter, Alter ungefähr 23 Jahre.

* Schildberg, 14. Februar. Tödlicher Unfall. Beim Lehmsprengen wurde der 64jährige Arbeiter Anton Kaczmarek in der keramischen Anstalt in Ruda von einem Stück Lehm getroffen, das ihm die Rippen brach und innere Verletzungen beibrachte. Er starb kurz darauf.

Freie Stadt Danzig.

* Der gesunkenen Fischkutter gehoben. Der Fischkutter, der bei dem Zusammenstoß im Danziger Hafen gesunken ist, ist Donnerstag nachmittag gegen 2 Uhr unter Mithilfe eines Tanchers durch einen Kran des Hafenkanals gehoben und zum Gelände des Hafenbaumes nach der Westerplatte überführt worden. Um 2,10 Uhr nachmittags erfolgte bereits wieder die Freigabe des Hafenkanals für den öffentlichen Schiffsvorkehr. Die Leiche des ertrunkenen Fischers konnte noch nicht geborgen werden.

* Schwere Automobilunglücks. In der Nacht zum Freitag ist in Klein-Trampken ein mit fünf Personen besetztes Auto verunglückt. Einer der Insassen, der 24 Jahre alte Karl Engler aus Klein-Trampken, erlitt einen doppelten Schädelbruch und ist bereits verstorben. Der Chauffeur, der betrunken gewesen sein soll, wurde verhaftet.

Aus den deutschen Nachgebieten.

* Insterburg, 14. Februar. Kohlenoxydgasvergiftung. Der Sohn des Kriegsinvaliden Müller-Pellenigsen machte abends Feuer im Ofen. Am nächsten Tage fand man die Familie in bewußtlosem Zustande auf. Frau Müller und zwei Kinder wurden sofort ins Krankenhaus gebracht, doch starb ein zwei Jahre alter Knabe schon unterwegs. Die Ursache des Unglücks war Kohlenoxydgasvergiftung.

* Insterburg, 14. Februar. Ertroren. Im Chausseegraben bei Kaushen fand man die Leiche eines unbekannten Mannes. Wie sich später herausstellte, handelt es sich um den früheren Schuhmacher Bindarts von hier, der von seiner Frau getrennt lebte und auf dem Lande in Stellung war. Man nimmt an, daß S., der dem Trunk ergeben war, sich nach reichlichem Alkoholgenuss an den Grabenrand gesetzt hat, um sich auszuruhen, und dabei eingeschlafen und ertroren ist. Die Leiche wurde nach der Königsberger Anatomie geschafft.

* Schilde, Kr. Goldap, 14. Februar. Tödlicher Unfall. Der in den vierziger Jahren stehende Besitzer Böttcher aus Warna-Kallen wurde beim Pferdebesorgen durch einen Hufschlag so unglücklich getroffen, daß er die Sprache verlor und kurze Zeit darauf starb. Er hinterläßt seine Frau mit drei kleinen Kindern.

Alleine Rundschau.

* Kinderwagen mit Kind gestohlen! Ein dreijähriger Diebstahl wurde am Donnerstag im Rathause in Neukölln (Berlin) verübt. Ein unbekannter Dieb entführte dort einen Kinderwagen, in dem ein 7 Monate alter Junge saß und verschwand damit. Zu dem unglaublichen Vorfall werden noch folgende Begleitumstände bekannt: Eine Frau Schütter aus der Tullastraße 43 zu Neukölln hatte am Donnerstag vormittag auf der Fürstengasse im Rathaus zu tun. Sie hatte in einem Kinderwagen ihren sieben Monate alten Jungen mitgebracht, konnte aber weder das Kind noch das Gefährt mit in das Dienstzimmer nehmen. So ließ sie es im Vorräum stehen. Auf der Fürstengasse mußte die Frau eine Weile warten und kam erst nach etwa 15 Minuten wieder heraus. Jetzt sah sie zu ihrem größten Schrecken, daß der Wagen mit dem Jungen verschwunden war. Alles Suchen nach dem Kinder blieb ohne Erfolg. Der Pförtner, der in seiner Zunge war, hat nichts von dem Vorfall bemerkt. Bisher ist das Kind spurlos verschwunden.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 15. Februar.
Kralau + - Jawichost + 1,02 Marischau + 1,01 Plock + 0,51 Thorn + 0,44, Jordan + 0,44 Culm + 0,50, Graudenz + 0,45, Kurzber + 0,52, Bidz - 0,20, Dixichau - 0,56, Einlage + 1,96, Schlevenhorst + 2,16.

Chef-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Wiese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Seve; für Anzeigen und Reklame: Edmund Prangoda; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 16 Seiten einschließlich "Der Hausfreund" Nr. 39.

